

# Leibniz-Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Leibniz-Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteilhellige Beilage oder deren Raum 250 Dfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Dfg., Resten 1000 Dfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 1.

Montag, den 2. Januar 1922.

29. Jahrgang.

## Für die Einigung. Zum Leipziger Parteitag der Unabhängigen.

Von Paul Löbe, Reichspräsident.

Der Parteitag der USP., der am 8. Januar in Leipzig beginnt, wirft seine Schatten voraus. Ober sollen wir sagen: Lichter? Jedenfalls steht die deutsche Arbeiterbewegung wieder einmal in entscheidungsvoller Situation. Wir, die wir offen und freimütig die Fehler des Görlitzer Parteitages besprochen haben, weisen nunmehr mit demselben Ernst auf Leipzig hin. Es wäre eine löbliche Ausrede, wollte man einige neue Hasenfüße in Leipzig als Echo von Görlitz auslegen und begründen. Die unabhängigen Führer und ihre Presse haben unseren Parteitag scharf kritisiert; nun wollen wir sehen, ob sie es auf ihrer Tagung besser machen werden. Das wäre zugleich die schönste Revanche. Wir freuen uns, als Vorkämpfer der Einigungsfrage in Leipzig einen Beitrag aus der Feder des Reichspräsidenten Gen. Löbe bringen zu können, der dieses ernste Problem wirklich von höherer Warte aus zu beurteilen imstande ist.

Red. d. „L. V.“

Der bevorstehende Parteitag der Unabhängigen Sozialistischen Partei in Leipzig hat die Frage der Einigung der Sozialistischen Parteien Deutschlands wieder in den Mittelpunkt der parteipolitischen Gedanken gestellt. Sie wird von den Arbeitsscharen in den Betrieben gefühlsmäßig ersehnt, von den Wortführern ernsthaft in Betracht gezogen. Das ungestörte Gefühl, das viele der früheren Sozialdemokraten seit ihrer Trennung von der alten Partei erlitten, macht diese Wünsche recht verständlich. Nehmen wir als Beispiel von denen, die sich im Jahre 1915/16 von der Sozialdemokratie trennten, Adolf Hoffmann oder Däumig. Sie haben inzwischen 4 Parteien durchlaufen, und so ist es gar manchen ihrer Mitläufer ergangen. Sie liefen zu den Unabhängigen, dann zu den Spartakisten oder Kommunisten, wurden dort ausgeschlossen oder traten wieder aus, um vorläufig in der Reichlichen Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft oder in der Kommunistischen Arbeiterpartei zu landen. Aber auch diejenigen, welche nicht alle Stufenleiter durchliefen, sondern bei den Unabhängigen blieben, haben seitdem durch die Vorwürfe von Schwachheit und Verrat, die ihnen aus der Kommunistischen Partei entgegenhallten, keine besondere Festigung erfahren.

Einen festen Block bildete in all diesen Zerwürfnissen nur die alte Sozialdemokratische Partei und rechtfertigte so die Parteitrene derjenigen, die zwar auch mit manchem Schritt der alten Partei nicht einverstanden waren, die eine frühere Beendigung der Kreditbewilligung wünschten, die eine andere Politik als den Postkurs verlangten, die aber doch die Erhaltung einer großen einigen Partei für wichtiger hielten als alle taktischen Differenzen.

Ein neuer Block der Sozialdemokratie und der Unabhängigen würde — natürlich bei vorheriger Einigung auf gemeinsame Grundlinien — ein ganz anderes inner- und außenpolitisches Gesicht haben, als es bei der gegenwärtigen Gruppierung der Parteien möglich ist. Auch organisatorisch ist die Spaltung kaum länger zu ertragen, zwei oder drei sozialdemokratische Vereine oder Zeitungen für ein und denselben Ort sind außerhalb Berlins kaum auf die Dauer möglich, gewöhnlich krank dann nicht nur eine, sondern zwei von ihnen, mitunter alle drei. Der Umstand, daß die zweiundachtzig veröffentlichten Anträge zum Leipziger unabhängigen Parteitag aus kaum mehr als dreißig Orten stammen, worunter sich noch ein halbes Duzend Dörfer befindet, scheint ebenfalls darauf hinzuweisen, daß die Unabhängige Partei in vielen Großstädten des Reiches keine größere Rolle spielt als etwa in Chemnitz und Breslau.

Das sehen eine Anzahl der unabhängigen Führer auch ein, und es ist etwas unverständlich, wenn gerade jetzt von Luise Zieg und anderen Leitartiklern der „Freiheit“ der Augenblick für geeignet gehalten wird, alte und neue Fehler der sogenannten Rechtssozialisten wieder aufzuzählen. Wir bestreiten gar nicht, daß in der turbulenten Entwicklung der letzten sieben Jahre solche Fehler gemacht worden sind, große und kleine, aber das lange Sündenregister, das die Kommunisten den Unabhängigen vorhalten, deutet schon an, daß auch sie nicht engelrein geblieben wären, wenn die Geschichte

sie in unsere Situation veretzt hätte. Wir verkennen auch nicht, daß der Gang der Debatten in Görlitz — nicht die Beschlüsse, an denen auch ein Unabhängiger wenig aussetzen kann — einer Annäherung nicht dienlich waren, doch ist darüber kein Zweifel, daß keiner der Genossen in der alten Partei, welche in ihren Reden gegen die Unabhängigen unendlich scharf waren und in ihrer Befürwortung der breiten Koalition unnötig weit gingen, die Absicht einer Entfremdung der Arbeiterparteien hatten. Solche Debatten laufen, das wissen unsere Freunde von links, oft anders, als von vornherein beabsichtigt.

Die trennenden Momente unserer Parteitattik werden inzwischen immer weniger und seltener. Die Kreditbewilligung, die Ursache der Scheidung, beginnt in der Vergangenheit zu verfließen. Man mag sie drüber für einen noch so großen Fehler halten, für die zukünftige Politik der Partei spielt sie keine Rolle mehr. Die Koalition mit bürgerlichen Parteien aber ist eine Frage, die auch von den Unabhängigen nicht mehr ganz einheitlich beurteilt wird. In dem Augenblicke, in dem die USP. verlangt, daß ein bürgerlicher Kanzler wie Wirth im Amte bleiben soll und daß unsere Minister im Kabinett verbleiben müssen, und indem sie die bürgerlichen Demokraten tadelt, weil sie nicht geblieben sind, in einem solchen Augenblicke kann das Verdammungsurteil gegen die Beteiligung an einer bürgerlichen Koalition nicht mehr ganz aus ehrlichem Herzen kommen. Da ist man immerhin schon auf dem Standpunkt, daß wenigstens zeitweise ein Ministerium Wirth-Schmidt-Radbruch besser ist, als ein Kabinett Helfferich-Stegerwald-Gothel, und wenn man das erstere durch sein Vertrauensvotum am Leben erhält, ist die Entrüstung der Stettiner und Jenaer Unabhängigen in ihren Anträgen gegen die Koalitionsbeteiligung nicht mehr am Platze. Und daß mit dem schematischen Klassenkampfstandpunkt vielerlei Unheil verübt werden kann, das haben nicht nur die sächsischen unabhängigen Minister erfahren, das fühlte auch die unabhängige-sozialdemokratische Stadtverwaltung von Berlin, wenn zum Beispiel die Elektriker ihren „Klassenkampf“ gegen die sozialistisch verwaltete Gemeinde führt.

In den Gemeinden, in den Ländern, in den Gesetzgebungsarbeiten des Reiches werden beide Parteien, ganz gleich ob innerhalb oder außerhalb der Regierung, zwangsläufig in die gleiche Front gedrückt. Wir müssen also, auch wenn die Zeit zur Einigung noch nicht reif ist, wenigstens eine Arbeitsgemeinschaft bilden, und mir will es scheinen, daß es besser ist, wenn der Unabhängige Mehrhoff seine Rede im Reichstag damit beginnt, er wolle der Rechten des Hauses nicht das Schauspiel fortwährenden Streites unter den Sozialisten bieten, als wenn Rosenfeld und Crispian keine dringendere Aufgabe kennen, als bei jeder Gelegenheit einen neuen „Verrat der Rechtssozialisten“ zu beweisen.

Mit solcher Taktik bringt man die Unabhängige Partei zu keiner neuen Blüte, wie die Ziffern im Leipziger Tätigkeitsbericht beweisen werden, die gesamte Arbeiterbewegung aber bringt man damit nur abwärts. In der gegenseitigen Ergänzung aber, in dem verständigen Zusammenwirken wird beiden Seiten und der Gesamtheit genützt. Die Mehrheitspartei wird dadurch einen Zuwachs von tüchtigen Theoretikern und Praktikern erhalten, sie erbt einen gewissen Fonds von Vertrauen, den die Unabhängige Partei im Zustande zweifellos erworben. Die Unabhängigen wieder kommen aus einer hoffnungslosen Mittelstellung heraus, die weder ihrem rechten noch ihrem linken Flügel behagt.

Vor allen Dingen aber würde die Einigung in Deutschland ein wichtiger Schritt zur internationalen Einheitsfront der Arbeiterklasse werden, die uns angesichts der bevorstehenden Internationalisierung des Großkapitals als eine Vorbedingung künftiger Erfolge erscheint. Aus diesem Grunde ist zu wünschen, daß der Leipziger Parteitag der Unabhängigen einer Annäherung und späterer Einigung der beiden großen sozialistischen Parteien wenigstens keine neuen Hindernisse bereitet.

1. An Stelle des bisherigen Ortsklassenverzeichnisses des Lohnarbeitsvertrages tritt das vom Reichstag beschlossene Ortsklassenverzeichnis für die Reichsbeamten, dessen Veränd. im „Reichsgesetzblatt“ unmittelbar bevorsteht, mit den Änderungen, die bis zum 1. März 1922 durch einen Reichs- und Reichstagsbeschluss noch getroffen werden sollen. Soweit in einzelnen Orten das bisherige Ortsklassenverzeichnis des Lohnarbeitsvertrages eine höhere Einstufung als das nunmehr übernommene Ortsklassenverzeichnis vorsieht, wird den Arbeitern, solange sie an einem solchen Orte beschäftigt bleiben, für die Dauer der Gültigkeit des Tarifvertrages der Unterschiedsbetrag

als persönliche Zulage fortgewährt. Für die Arbeiter der Bahnmasteien wird der Lohn nach der Ortsklasse des Ortes festgesetzt, in dessen Gemeindebezirk der Rotenfürher ständig oder überwiegend tätig ist. Ist der Rotenfürher in mehreren Gemeindebezirken tätig, die nicht derselben Ortsklasse angehören, so ist der Lohn der höchsten Ortsklasse dieser Gemeindebezirke zu zahlen. Die Bestimmung des § 4 (5) des Lohnarbeitsvertrages wird aufgehoben mit der Maßgabe, daß § 30 (3) des Lohnarbeitsvertrages entsprechende Anwendung findet. Vorstehende Vereinbarung tritt mit dem 1. Oktober 1921 in Kraft.

2. An solchen Orten, an denen bisher im Lohnarbeitsvertrag Ueberteuerungszuschüsse vereinbart waren, werden diese mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 vorläufig um 1 Mark pro Stunde erhöht. Auf den Gesamtbetrag des Ueberteuerungszuschusses wird der Unterschiedsbetrag angerechnet, der sich aus einer Höherstufung durch die Uebnahme des Beamtenortsklassenverzeichnisses ergibt. Diese Ueberteuerungszuschüsse gelten als Vorzuschuß auf die nach Ziffern 4 und 5 endgültig festzusetzenden Löhne und Ueberteuerungszuschüsse.

3. Im beetzten Gebiet werden vorläufig mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an den Orten, die sowohl nach dem bisherigen Ortsklassenverzeichnis des Lohnarbeitsvertrages, als auch nach dem nunmehr übernommenen Beamtenklassenverzeichnis zur Ortsklasse A gehören, Ueberteuerungszuschüsse in Höhe von 1 M. in der Stunde gewährt. Satz 3 der Ziffer 2 findet entsprechende Anwendung.

4. Weitere Verhandlungen über die Ortsklassen und allgemeine Lohnverhandlungen werden für den 5. Januar 1922 zugelegt.

5. Im Anschluß an die Verhandlungen zu Ziffer 4 werden mit Beschleunigung zwischen den vertragstretenden Parteien die bestehenden und etwaige neue Ueberteuerungszuschüsse mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 endgültig vereinbart.

6. Streiklage werden nicht bezahlt. Maßregelungen wegen Arbeitsniederlegung finden nicht statt. Vorbehalten bleibt die Verfolgung von gewalttätigen Eingriffen in Verwaltungsbetrieb und Verkehr.

7. Ausführungsvereinbarungen zwischen den vertragstretenden Parteien folgen. Die vertragstretenden Vereinigungen verpflichten sich, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf sofortige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken.

Berlin, 31. Dezember 1921.

Deutscher Eisenbahnerverband.

gez. Scheffel.

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter.

gez. Brune.

Allgemeiner Eisenbahnerverband.

gez. Scaruppe.

Der Reichsverkehrsminister.

gez. Groener."

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Reichsverkehrsministerium, Finanzministerium und den Eisenbahnerorganisationen ist am Sonntagabend eine Verständigung im Eisenbahnerstreik erzielt worden. Diese Verständigung bringt den notleidenden Eisenbahnern durch Änderung der Ortsklassen und durch Ueberteuerungszuschüsse Summen, die die augenblickliche Notlage zu beheben vermögen. Dem Reich bringt diese Verständigung neue Lasten, dazu die Kosten für den Verlust an Millionenwerten, die durch den aus Unvernunft provozierten Eisenbahnerstreik hervorgerufen wurde. Es kann auch heute kein Hehl daraus gemacht werden, sondern Pflicht ist, offen auszusprechen, was ist, daß nicht die Eisenbahner die Schuldigen sind, sondern daß die Urheber dieses Eisenbahnerstreikes in Wirklichkeit in der Regierung sitzen und sich in den reaktionären Geheimräten, den Nachhabern im Reichsverkehrsministerium und Reichsfinanzministerium, verkörpern. Hätten Hermes und Groener mehr Weitblick besessen, von politischen Gesichtspunkten aus die Situation betrachtet, und wären sie weniger bestrebt gewesen, den Kampf mit dem leeren Magen der Arbeiter zu demonstrieren, ohne an die gefüllten Geldbeutel zu denken — solche Demonstration wünschten die Geheimräte des Herrn Helfferich — dann hätte dieser Eisenbahnerstreik nicht entstehen können. Statt dessen aber hörte man auf unvernünftige Ratgeber und schlitterte so ahnungslos in einen Zustand, dessen Kosten das Deutsche Volk heute wieder einmal zu tragen hat. Von Herrn Hermes sind wir diese Kurzsichtigkeit gewohnt, hat er doch bisher noch nie eine glückliche Hand gezeigt, sondern noch bei jeder kritischen Gelegenheit den Elefanten im Porzellanladen gespielt. Erst mußte die Arbeitererschaft herausgefordert werden, um die Vernunft wiederherstellen zu lassen, die sich in dem, kaum nach Eintritt des Streiks durch Groener eingeleiteten Verhandlungen zeigte. Die Frage ist nun, soll sich das deutsche Volk länger diesen Zustand gefallen lassen, soll es weiter zusehen, wie reaktionäre Geheimräte Politik über den Kopf verantwortlicher Minister machen, und diese Minister dann, wenn sie

## Ende des Eisenbahnerstreiks.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Sonnabendverhandlungen im Reichsverkehrsministerium führten in der siebenten Abendstunde zu folgender Vereinbarung zwischen der Regierung und den Eisenbahnergewerkschaften:

Ihren Mann stehen sollen, selbst diese Politik verteidigen; die Sozialdemokratie hat keine Lust, dauernd die Kosten seiner Unvernunft, die in dem Ministerium des Herrn Hermes zu Hause ist, von den breiten Massen tragen zu lassen. Solange aber Politiker des alten Systems noch in den einzelnen Ministerien vorherrschend sind, und nach dem Plan Helfferichs arbeiten, wird der gegenwärtigen Wirtschaft kein Ende blühen. Oder wollen Herr Hermes und Herr Groener bestreiten, daß sie in den Eisenbahnerstreik hineinschlitterten, weil sie selbst keine Ahnung von der Sachlage hatten und sich dann, als Mann an Not war, schlecht unterrichten ließen?

Der jüngste Eisenbahnerstreik hat bewiesen, daß die Republikanisierung der Verwaltung mit Energie durchgeführt werden muß, und daß man endlich Leute, die mit Herz und Hand Republikaner sind, an die maßgebenden Stellen in den einzelnen Ministerien zu setzen hat. Solange das nicht der Fall ist, wird man getreu dem wilhelminischen Prinzip noch öfters versuchen, Machtkämpfe zwischen der Regierung und der Arbeiterschaft herbeizuführen, wobei die Regierung den Kürzeren zieht und ihre Autorität nicht verliert, sondern nur verringert. Als Machtkampf zwischen Regierung und Arbeiterschaft war dieser Eisenbahnerstreik letzten Endes von der Reaktion innerhalb der Ministerien gedacht.

### Ende des Eisenbahnerstreiks in Köln.

Köln, 2. Januar.  
Seitens der Kölner Eisenbahn-Direktion wird mitgeteilt, daß nachdem durch Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien wegen des Lohnarbeitsvertrages heute eine Einigung erzielt wurde, die Wiederaufnahme des Betriebes heute allgemein zu erwarten ist.

### Englisch-französisches Abkommen über die deutsche Schuld.

Paris, 2. Januar.  
Briand soll nach dem „Petit Parisien“ erklärt haben, wenn Deutschland nicht zähle, würden automatisch die Sanktionen in Kraft treten. Wenn eine Herabsetzung der deutschen Schuld ins Auge gefaßt werde, so sei formell zwischen ihm und Lloyd George abgemacht worden, daß von Frankreich für 1922 keine Milderung zu erwarten sei. Der Unterschied ist durch Ermäßigungen, die die Alliierten auf ihren Anteil nehmen, oder mit ihrem Einverständnis durch eine Verstärkung der Lieferungen in natura gedeckt, die Deutschland leisten soll. Was Cannes anbetrafte, so sei ein sehr reichhaltiges Programm, hervorgegangen aus Kenntnis der genauen Sachlage, noch nicht aufgestellt worden. Eine Schuld, die durch Verträge festgelegt sei, könne weder ausgesetzt, noch durch irgendeine Form vermindert werden, ohne Einverständnis aller unterzeichneten Gläubiger und der Länder, die von den Zahlungen Nutzen zu ziehen hätten.

### Ein Protest der Saargebiet-Belegschaft.

St. Ingbert, 2. Januar.  
Die Belegschaftsorganisationen des Saargebietes haben an die französische Verwaltung der Saargruben in Paris eine eingehend begründete Eingabe gerichtet, die die Aufhebung des Lohn-diktats der Regierungskommission bezweckt. Die Eingabe verweist weiter auf die gewaltige Erregung in den Bergwerksbezirken und fordert die Aufhebung der Lohnabzüge.

### Weltrat der geistigen Arbeit.

Zur internationalen Organisation des Professoren-, Lehrer- und Studenten-Ausschusses über wissenschaftliche Unternehmungen und Untersuchungen in den verschiedenen Ländern hat der Völkerbundsrat auf Beschluß der 2. Völkerbundstagung einen 12köpfigen Ausschuss zu wählen. In seinem am 19. Januar beginnenden Tagung wird der Völkerbundsrat diesen Ausschuss wählen. Juristisch steht nichts im Wege, daß auch eine deutsche Persönlichkeit in diesem Ausschuss berufen wird. Eine weitere Aufgabe des Weltrates der geistigen Arbeiter wird die Prüfung der Notwendigkeit sein, eine Weltberufungsstelle, ähnlich dem Welt-Arbeitsamt durch internationales Abkommen zu errichten.

### „Einheitsfront“.

Auf dem Pariser Kongress der französischen Kommunisten hat ein Iobes aus Moskau zurückgekehrter Delegierter der französischen Partei beim Exekutivkomitee der Dritten Internationale, namens Bestel, die neuesten Moskauer Klänge überbracht. Ein Passus seiner Rede ist, bei aller vielleicht absichtlichen Kürze und Unklarheit gerade dieser Stelle des Verhandlungsberichtes der „Summe“, besonders interessant:

„Bestel behauptet jedoch die durch die Einheitsfront notwendig gewordene neue Politik der Sowjetregierung. Er spricht von der juchenden Krise, die Rußland durchmacht. Die Periode der Weltrevolution ist vorbei.“

Daß die Bolschewiki auf allen Gebieten abbauen, ist an sich nichts Neues. Auch das Exekutivkomitee der Dritten Internationale hat aus der geänderten Wirtschaft- und inneren Politik die Konsequenzen ziehen und seine Parolen revidieren müssen. Einst wurde jede Opposition als eine notwendige Etappe des Befreiungskampfes des Proletariats gefeiert, mochte sie noch so unzulässig gewesen sein und eine Stärkung der Reaktion zur unvermeidlichen Folge haben, jetzt wird der Bolschewismus auf das schärfste verurteilt. Einst mußten — überall — Spaltungen vorgenommen werden, jede Gemeinschaft mit den „Sozialverrättern“ der Zweiten und Dritten Internationale, mit den „Selben“ der Imperdamer Gewerkschaftsinternationale — „Schlimmer als die Orge“ — jagte Stawrow in Halle — wurde den europäischen Kommunisten strengstens unterlagt, jetzt bittet die „Rote Gewerkschaftsinternationale“ höflich die Imperdamer, der drohenden Spaltung der französischen CGT — gemeinsam — vorzubeugen, „da sie doch nur der Bourgeoisie nützen würde“. Ja, jetzt wagen sich sogar die Moskauer Zentralinspanzen die von der KPD bereits vor Wochen lancierten schändlichen „Einheitsfront“-Parole zu eigen. Auf dem Moskauer Kongress der russischen Kommunistenpartei wurde folgende von Kamenez eingebrachte und von Trotzki unterstützte Resolution angenommen:

„Gegenüber der Offensive des Kapitals ist es notwendig, eine einheitliche kommunistische Front der Arbeiterklasse zu bilden. Daher muß die Internationale nach der Einigung aller Arbeiterklassen streben, einschließlich jener (1) derjenigen, die gegenwärtig den Sozialdemokraten angehören.“

Unter „Sozialdemokraten“ versteht man im Kommunistenjargon alles, was nicht auf die 21 Punkte schwört. Die Einheitsfront der Arbeiterklasse ist in jahrelanger systematischer Minister- und Berleubungsarbeit von den Moskauern zerstört worden. Erst die Erfolge dieser Zerstörungspolitik haben den Boden für die Offensive des Kapitals vorbereitet. Und nun wollen die Schul-

digen an diesem schändlichen Werk die „Einheitsfront“ unter ihrer Führung neu bilden. Allen Mahnungen zum Trotz sind sie von 1918 bis 1921 ihren Irrweg über die Leichen Tausender von Proletariern weiter gegangen. Jetzt sehen sie erschreckt die Folgen ihres Wahnsinns, bringen aber nicht den Mut auf, ihre Fehler zu bekennen, sondern erbreiten sich vielmehr, die übrigen, gesund gebliebenen Teile des Proletariats aufzufordern, ihren revidierten Parolen Gehorsam zu leisten! Durch ihren Umgang mit lauter Korinthen und Speichelleckern, die bereit sind, jedem Moskauer Befehl blindlings nachzukommen und ihn als die Quintessenz revolutionärer Weisheit zu preisen, sind die bolschewistischen Autoritäten offenbar zu der Auffassung gelangt, daß die gesamte internationale Arbeiterbewegung ihnen zu Diensten steht. Die Moskauer Feldwebel kommandieren heute: „Spal—lung!!!“, morgen: „Einheits—front!!!“ und alles soll stramm stehen und parieren. . .

### Reichskanzler Wirth zum Jahreswechsel.

Reichskanzler Dr. Wirth veröffentlicht in der „Germania“ eine Betrachtung zur Jahreswende, der wir folgendes entnehmen: Das vergangene Jahr stand bis in die allerletzte Zeit unter dem Druck des Geistes der Machtpolitik. Sie hat sich aus-

wirkt in einem Ultimatum, das nicht bloß für uns, sondern auch für die ganze Welt schicksalsschwere Bedeutung in sich schließt. Deutschland hat sich unterworfen, um seine nationale Existenz, seine Wirtschaft und seine Zukunft zu retten; es unterwarf sich dem Machtgebot, um durch Leistungen seinen guten Willen zu zeigen und durch Leistungen die Grenzen der Erfüllungsmöglichkeit aufzuweisen. Aber gerade die Erfüllung hat die Schwächen des Machtanspruches von London dargelegt.

In den letzten Wochen beginnt sich auch im Auslande die Erkenntnis mehr und mehr Bahn zu brechen, daß die Reparationsfrage eine weltpolitische, eine weltwirtschaftliche Frage ist. Die Folgen der unzulänglichen Einstellung der Alliierten sind nach der quantitativen und nach der qualitativen Seite, nach der Methode und nach dem Ausmaß haben sich rascher gezeigt, als man wohl annahm.

### Die weltwirtschaftliche Weltkrisis

der Gegenwart ist nicht in letzter Linie begründet in der Auswirkung der Reparation. Je mehr diese Erkenntnis Platz greift, um so mehr wird das Reparationsproblem aus der isolierten machtpolitischen Betrachtung herausgehoben und als Weltproblem anerkannt werden. Es hat sich bereits gezeigt und wird sich in der Zukunft noch mehr zeigen, daß nur unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und finanziellen Wirkungen die Reparationsaufgabe in eine brauchbare Form gebracht werden kann.

Der gewaltige feingliederige Mechanismus der weltwirtschaftlichen Verknüpfung ist durch das Geschehen der letzten sieben Jahre gestört und in Unordnung gebracht worden. Die lähmenden Wirkungen machen sich um so mehr geltend, je mehr ein Volk durch seine Industrie und Handelsentwicklung an einem möglichst reibungslosen Gang der weltwirtschaftlichen Maschinerie interessiert ist. Die Gefahr springt auf, daß Deutschland, welches vor dem Kriege einer der ersten Absatzmärkte der Welt gewesen, durch eine wachsende Schwächung seiner Kaufkraft als Absatzmarkt verkümmert, was im Zusammenhang mit der Schwächung Oesterreichs und Rußlands weltwirtschaftlich unabsehbare Folgen haben muß. Die Frage muß aufgeworfen werden, ob nicht die Schädigung der Wirtschaft der einzelnen Völker durch diese handelspolitische Störung eine viel größere ist als das, was man aus Deutschland durch die Reparation zu gewinnen hofft.

### Die soziale Not,

die aus der Arbeitslosigkeit entspringt, mahnt zur Besinnung und zur Nachprüfung der bisherigen Rechnung. So stehen sich zwei Faktoren hart gegenüber: Machtgebot und wirtschaftliche Vernunft. Die letzte fordert, daß die gesamten weltwirtschaftlichen Interessen in Einklang gebracht werden mit der großen Frage der Reparation. Nur so kann die finanzielle und wirtschaftspolitische Liquidation des Weltkrieges gelöst werden. Es muß eine Basis für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander gefunden werden. Sie kann gefunden werden; aber nur bei gutem Willen aller in Frage kommenden Parteien, nur im Geiste der Verständigung.

### Die Beratungen der letzten Wochen

lassen die Hoffnung erheben, daß der Wille unter den Völkern zu positiver Zusammenarbeit allmählich im Wachsen begriffen ist. Aber es werden gewaltige Hemmungen noch zu überwinden sein, ehe das Riesenproblem der friedlichen Erneuerung und des fortschrittlichstehenden Ausgleichs gelöst werden wird. Es bedarf der Einigung der ganzen Kraft eines positiven demokratischen Willens, um diese Hemmungen zu überwinden. Insofern werden die großen Probleme, die am politischen Horizont aufgetaucht sind, auch eine Probe für die schaffende Kraft des demokratischen Gedankens bedeuten. Dabei können wir uns keiner Täuschung hingeben darüber, daß auch bei einer Verständigung unser Weg in der Zukunft sehr schwierig, rauh und steil sein wird. Aber was wir erhoffen, ist das, daß der Weg trotz aller Beschwerden gangbar sein möge. In dem guten Willen Deutschlands, seinerseits zur Heilung der Schäden beizutragen, wird es nicht fehlen. Es kann als einer der wichtigsten Faktoren eingestuft werden, wenn es gilt, die große Weltfrage der wirtschaftlichen Erneuerung und Friedigung zu lösen.

### „Generationelle Enthüllungen“.

Die „Deutsche Zeitung“ läßt sich von ihrem Münchener Mitarbeiter, der sich Walter Stolzinger nennt und in Wirklichkeit ein Tücher namens Czerny ist, folgendes telegraphieren: „Unter der Überschrift „Führerauslese“ veröffentlicht Dr. Erich Jung in der morgen herauskommenden neuesten Nummer von „Deutschlands Erneuerung“ sensationelle Enthüllungen über die Vergangenheit des Reichspräsidenten und über die Person Scheidemanns. Er will mit, daß Ebert niemals selbständiger Sattlermeister war, sondern nur Gehilfe und sehr bald dieses Handwerk mit dem eines Brauereiköchlers verwechselte, und zwar bei der Hertales-Brauerei in Bremen. Später wandte sich Frau Ebert an den Direktor der Brauerei, da ihrem Mann die Annahme eines ihm bis hietenden Gewerkschaftspostens wegen der entzehenden Umzugskosten nicht möglich war. Der Brauereidirektor gewährte einen der Köpfe der Lippereinsparung weit überreigende Besatzung, weil ihm die Frau leid tat. Und so gelangte der jetzige Reichspräsident in die Landbahn, der er die höchste Würde der Republik verdankt.“

Wie wir hierzu aus bester Quelle erfahren, sind sämtliche Behauptungen dieser Notiz harer Instanz mit Ausnahme des einen Punktes, daß Frau Ebert in seinen Anfängen nicht Sattlermeister, sondern Sattlergehilfe war. Von sozialdemokratischer Seite ist Ebert auch nie als Sattlermeister bezeichnet worden. Das haben höchstens alldeutsche Bierpöhlker getan, wenn sich ihre eigene Unfähigkeit nach reichlichem Alkoholgenuß über der Luftstiel eines Begabten anzureicherte. Sonst ist aber die Notiz von A bis Z freies Erfindung. Ebert ist nie Brauereiköchler gewesen, Frau Ebert hat sich nie an einen Brauereidirektor gewandt und von einem solchen weder jemals Vorstoß erbeten noch erhalten.

Man stelle sich übrigens den Unternehmer vor — namentlich in der wilhelminischen Zeit —, der einem Arbeiter zur Erlangung eines Gewerkschaftspostens noch besonders behilflich ist und durch Gewährung der Umzugskosten die Gewerkschaften indirekt finanziell unterstützt!

Nach dieser einen Probe kann man wohl auf die Qualität der sonstigen „Enthüllungen“ des Herrn Jung schließen. Es ist der übliche alldeutsche Kaffeeklatsch. Diese Leute bilden sich ein, sie seien berufen, die deutsche Moral zu haben!

### Der Januskopf.

In der belgischen „Volksgazet“ Nr. 122 lesen wir unter dem Titel „Janus met het dubbele voorhoofd“ folgende Ausführungen: Der militärische Sieg brachte die Alliierten in die Lage, jedem der feindlichen Länder den Frieden zu diktieren. Bei diesen Friedensschlüssen sind die Alliierten von dem Standpunkt ausgegangen, daß jeder derselben genau nach dem Geist und nach dem Buchstaben befolgt und durchgeführt werden solle. Betrachten wir nun zunächst der mit der Türkei abgeschlossenen Friedensvertrag, den sogenannten Vertrag von Sevres. Was hat Frankreich mit diesem Vertrage getan? Die französische Regierung hat ihn ganz einfach beiseite geschoben und auf eigene Hand, ohne jemals des Hilfe oder Mitwissen einen Sonderfrieden mit der Türkei unterzeichnet. Das Friedensdokument von Sevres aber ruht irgenmo in den Archiven des französischen auswärtigen Amtes und hat jede Bedeutung verloren. Die französische Geheimdiplomatie hat also ein rein imperialistisches Friedensdokument der Geheimdiplomatie der Alliierten durch einen eben so rein imperialistischen anderen Friedensakt ersetzt, und so den Standpunkt der unbedingten und genauen Ausführung und Befolgung der Friedensverträge preisgegeben.

Betrachtet man nun andererseits den Deutschland auferlegten Friedensvertrag, den Vertrag von Versailles, so erstet man aus seinen politischen, finanziellen und militärischen Folgen, vor allem aber aus den wirtschaftlichen Zuständen der Welt (Weltkrisis und Arbeitslosigkeit), daß dieser Vertrag von Versailles den Bedürfnissen und Interessen aller Völker widerspricht.

Um nur eines der Probleme zu berühren, die dieser Friedensvertrag geschaffen hat, die Frage der Kriegsschäden, so hat die Politik der Alliierten in dieser Hinsicht die Folge gehabt, daß die deutsche Markwährung zusammenbrach, und daß dadurch die Kaufkraft des Volkes vermindert und sein Leben verübert worden ist. Das deutsche Volk, besonders die Arbeiterklasse, wird in einen unhaltbaren, unerträglich und hoffnungslosen Zustand gebracht, aus dem Verzweiflung, Unruhe, Blinderungen, Zusammenstöße und Aufruhr kommen müssen. Andererseits aber hat diese Wertverminderung der deutschen Mark noch eine andere Folge gehabt. Der Kurs des belgischen und französischen Francs, des englischen Pfunds und des amerikanischen Dollars steht höher als der deutscher Mark. Die in Deutschland hergestellten Güter sind billiger als die in anderen Ländern fabrizierten. Die kapitalistischen Chauvinisten in den alliierten Ländern kaufen, statt im eigenen Lande fabrizieren zu lassen, deutsche Fabrikate auf, um sie mit hohem Gewinn im eigenen Lande zu verkaufen. Die Folge ist, daß die alliierten Länder durch die Krisis mitgetroffen werden, und daß ihre Arbeitermassen der Arbeitslosigkeit erliegen, während in Deutschland keine Arbeitslosigkeit existiert, ja sogar zu wenig Arbeitskräfte aufzutreiben sind.

Dieser Zustand ist dem Friedensvertrag von Versailles und damit der Politik der Alliierten gegenüber Deutschland zu verdanken. Dieser Friedensvertrag und diese Politik lastet bei Schluß der Rechnung auf allen Völkern, den Alliierten, wie den Deutschen. Es ist leicht gesagt: Deutschland muß alles bezahlen. Wenn aber durch diese Politik des „alles bezahlen“ alle Völker wirtschaftlich zugrunde gehen, wie sich das jetzt schon klar voraussehen läßt, dann sollte doch unterjucht werden, ob dieser katastrophalen Politik weiter gefolgt werden kann und darf. Beweist nicht alles, daß der Vertrag von Versailles im Interesse aller Völker revidiert werden muß? Niemand mag es, das zu bestreiten mit Ausnahme der regierenden Klassen in Frankreich. Paris bleibt unerschütterlich stehen auf dem Standpunkt der integralen Ausführung des Friedensvertrages. Was kümmert's die französischen Kapitalisten, daß die Arbeiter in der alliierten Ländern Hunger leiden infolge der Weltkrisis, wenn sie nur reichen Gewinn aus Deutschland holen können.

Das Werk des mittelalterlichen Militarismus war der Weltkrieg und durch ihn der Tod. Das Werk des französischen Militarismus ist die Weltkrisis und durch die Krise der Hunger. Die französischen Machthaber gleichen dem alten Janus mit seinem doppelten Angesicht: der Friedensvertrag von Sevres mußte beiseite geschoben werden, weil die Machtinteressen dieser Machthaber es so wollten; der Friedensvertrag von Versailles mußte in seinem Wortlaut und in seiner Auslegung durchgeführt werden, weil die gleichen Machtinteressen derselben Machthaber es wiederum so verlangen.

### Die Rhein-Donau-Verbindung.

München, 31. Dezember.  
Zum Ausbau der Großschiffahrtsstraße vom Main bei Mchaf-fenburg über Bamberg, Nürnberg zur Donau und weiter über Regensburg bis zur Reichsgrenze bei Passau und zum Ausbau der Donau zwischen Regheim und Ulm zur Großschiffahrtsstraße, zur Herstellung von Schiffahrtsanschlägen nach Augsburg und München sowie zum Bau und Betrieb von Wasserkraftwerken an diesen Wasserstraßen ist heute die Main-Rhein-Donau-A.G. errichtet worden. Das Grundkapital ist auf 900 Millionen Mark festgelegt und zerfällt in 600 Millionen Mark Stammaktien, die vom Reich, Bayern, anderen deutschen Ländern und öffentlich-rechtlichen Körperschaften übernommen werden, sowie in 300 Millionen Mark Vorzugsaktien, die von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, juristischen oder natürlichen Personen übernommen werden. Die Vorzugsaktien berechtigen zum Bezug einer Dividende bis zu 7 Prozent, die bis zu 5 Prozent vom Reich und Bayern gewährleistet ist. Die Gründer traten sofort nach Errichtung der Gesellschaft zur ersten Generalversammlung zusammen und wählten den Aufsichtsrat.

### Europas Gesundung.

Der Erfolg der Pariser Finanzbesprechungen.  
Die englischen, französischen und italienischen Sachverständigen sind gestern nachmittag wiederum um 5 Uhr auf dem Quai d'Oran zusammengetreten und haben bis 7 Uhr abends über das große Projekt beraten, wie das Wirtschaftsleben Europas wieder in Gang zu bringen ist. Man erzählt

Über dieses Projekt, das dessen Verfasser zunächst ausführen, die Verlegenheiten, in denen sich der europäische Handel gegenwärtig befindet, rühren von dem Ruin des internationalen Kredits her, dessen Mechanismus, der durch den Krieg zerstört worden war, noch nicht wiederhergestellt werden konnte. Die neuen politischen Grenzen, die der Versailler Vertrag vorsieht, die Auflösung der Eisenbahnlinien und Wasserstraßen haben die Katastrophe noch vergrößert. Die Hauptaufgabe des neuen Finanzkonjunktions, das geschaffen werden soll, wird zunächst darin bestehen, die Eisenbahnlinien, Wasserstraßen und Häfen, die nicht mehr in Betrieb sind, zu übernehmen und ihrer früheren Tätigkeit wiederherzustellen. Auch alle anderen notwendigen industriellen und kommerziellen Aufgaben sollen von diesem Konjunktions gestiftet werden.

Das Kapital des Konjunktions ist auf 20 Millionen Pfund Sterling festgesetzt. Die Aktien sollen zu gleichen Teilen England, Frankreich, Italien, Amerika und Deutschland übergeben werden. Eine schwächere Beteiligung ist für Belgien und Holland vorgesehen. Ursprünglich sollte sich der Sitz der neuen Gesellschaft in England befinden, weil dieses den volutarischen Schwierigkeiten der anderen Länder nicht ausgeht ist, doch hat man diesen Gedanken aufgegeben. Nicht die Regierungen selbst sollen die notwendigen Kapitalien liefern, sondern Banken und Privatbankiers.

### Für Deutschland

ist jedoch die Bedingung vorgesehen, daß die Hälfte des zu zeichnenden Kapitals dem Reichsschatzamt entnommen werden soll. Ein Teil der Gewinne, die Deutschland aus diesem Unternehmen erzielen wird, soll der Reparationskommission übergeben werden. Die deutsche Regierung hat zwar als Regierung keine Stimme im Verwaltungsrat, doch würde sich ihr Einfluß insofern geltend machen können, als sie ja die Hälfte des von Deutschland aufzubringenden Kapitals zu zeichnen hätte. Im Verwaltungsrat selbst werden die Länder gemäß der Höhe der von ihnen gezeichneten Beträge vertreten.

Die Rolle der Financial Corporation bestünde darin, in jedem Lande Zweiganstalten zu schaffen, wenn die Kapitalien der einzelnen Länder in Anspruch genommen werden sollen. Ursprünglich hatte man die Absicht, das Pfund Sterling zur offiziellen Einheitswährung des Unternehmens zu machen, so daß alle Geschäfte in Pfund hätten abgeschlossen werden müssen. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht angenommen, da die einzelnen Länder so zur Spekulation in Pfund Sterling gezwungen worden wären und gegen ihre eigene Valuta hätten Sturm laufen müssen.

Bzüglich der Staaten, denen Hilfe gebracht werden soll, sind gewisse Garantien, die von ihnen zu stellen sind, vorgesehen. Für die Garantien, die Rußland anbieten würde, würde dessen offizielle Anerkennung in Aussicht genommen werden. Die englische Abordnung in Paris gab der Ansicht Ausdruck, daß zunächst eine englisch-französische Kommission die ganzen Angelegenheiten in ihren Einzelheiten regeln solle, während die Belgier und Italiener später an der Debatte teilnehmen sollen. Dieses Programm wurde eingehalten.

Man sprach namentlich über zwei Punkte: Wie man die Zeichnungen anderer Länder außer England zu standbringen könnte und wie die Kapitalien herangezogen werden könnten. Diese Probleme studierten die Engländer und Franzosen gestern noch. Heute soll ihr Bericht vorgelegt werden, und die Konferenz hofft, heute mittag noch mit ihren Beratungen zu Ende zu kommen und das endgültige Projekt ausgearbeitet zu haben, das der Konferenz von Cannes vorgelegt werden soll.

### Rußlands Reformprogramm

Moskau, 28. Dezember. (Funtspruch.)

In der Sitzung vom 27. Dezember faßte der 9. Allrussische Rätekongreß unter Billigung der neuen Wirtschaftspolitik eine Reihe von Beschlüssen, die einen Ausbau dieser Politik verlangen. Gleichzeitig betonte der Kongreß jedoch, daß die Interessen der Sowjetrepublik gewahrt werden müssen. Laut Kongreßbeschluss sollen die Staatsausgaben eingeschränkt werden. Die Arbeitspflicht der Bauern soll zweckmäßiger gestaltet und der Landwirtschaft die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt werden wie der Industrie. Die Entwicklung der Genossenschaften wird begünstigt, der Handelsverkehr mit dem Auslande erleichtert. Die staatliche Industrie muß auf die Grundlage der kaufmännischen Betriebsführung gestellt werden. Der Selbständigkeit der Provinzen ist ein weiterer Spielraum zu lassen. Das persönliche Eigentumsrecht der Bürger der Sowjetrepublik ist gesetzlich sicherzustellen.

Die Sowjetregierung hat eine umfangreiche Liste von Behörden und staatlichen Anstalten veröffentlicht, die nicht mehr von der Zentralregierung, sondern von den lokalen Sowjets finanziert werden sollen, darunter die gesamte Kommunalverwaltung, ein beträchtlicher Teil der Wohlfahrts- und Bildungsanstalten und die Organe zur Hebung der Landwirtschaft. Gleichzeitig ist den lokalen Sowjetorganen das Recht verliehen worden, Zuschüsse zu den staatlichen Steuern und besondere Ortssteuern zu erheben; u. a. können Gebäude, Wohnungen, Vieh, Wagen, Gemüse- und Obstgärten besteuert, verschiedene Lizenzgebühren und eine lokale Ein- und Ausfuhrsteuer für Waren erhoben werden. Die Sowjetpresse bemerkt hierzu, diese Reform werde angesichts der Dürftigkeit der lokalen Finanzen einen Abbau der nicht direkt lebenswichtigen Zweige der bisherigen staatlichen Kulturaktivität zur Folge haben.

### Neuerungen auf dem Rechtsgebiet.

Zurückfall der kurzen Freiheitsstrafen. — Erhöhung des unpfändbaren Einkommens.

Das Gesetz zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen tritt, wie bereits gemeldet, am 1. Januar in Kraft. Sein Wortlaut ist in Nr. 118 des „Reichsgesetzblattes“ veröffentlicht. Hier seien noch einmal die wichtigsten Neuerungen, die das Gesetz bringt, für den Laien verständlich dargestellt.

Der Geldwert entsprechend werden die Höchstbeträge der Geldstrafen auf das Zehnfache erhöht. Die Mindestbeträge dagegen bleiben bestehen. Der Richter kann also mit der Geldstrafe hinaufgehen, er muß es jedoch nicht. Bei

Verbrechen und Vergehen beträgt das Maximum der zulässigen Geldstrafe mindestens 100 000 Mk. Dies gilt jedoch nicht, wenn die angeordnete Geldstrafe in dem Mehrfachen eines bestimmten Betrages (zum Beispiel der vom Verurteilten hinterzogenen Summe) besteht. Für Übertretungen beträgt jetzt das Strafmaximum 1500 Mk. (bisher 150 Mk.)

Bei der Umwandlung einer nicht bezutreibenden Geldstrafe in Freiheitsstrafe war bisher ein Betrag von 3 bis 15 Mk. (bei Übertretungen 1 bis 15 Mk.) einer eintägigen Freiheitsstrafe gleichzusetzen. Jetzt kann ein Tag Freiheitsstrafe für Beträge bis 150 Mk. eingesetzt werden.

Ein Beispiel möge die Wirkung zeigen: Sollte nach den bisherigen Bestimmungen eine Geldstrafe von 150 Mk. in Freiheitsstrafe umgewandelt werden, weil der Täter nicht zahlte, so bestand die für den Angeklagten günstigste Umwandlung darin, daß für 15 Mk. ein Tag Gefängnis (oder Haft) eingesetzt wurde. Bei der Umwandlung kamen also mindestens zehn Tage Freiheitsstrafe heraus. Jetzt kann eine Geldstrafe von 150 Mk. in einen einzigen Tag Freiheitsstrafe umgewandelt werden.

Handelt es sich bei der Erhöhung der Geldstrafen um Verbrechen von mehr formaler Natur, die dem gesunkenen Marktwert Rechnung tragen, so bestimmt in § 3 das Gesetz grundsätzlich neu, daß an Stelle einer Freiheitsstrafe von weniger als drei Monaten auf Geldstrafe bis zu 150 000 Mk. zu erkennen ist, wenn der Strafzweck durch eine Geldstrafe erreicht werden kann. Bei der Festsetzung der Geldstrafe sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters zu berücksichtigen. Das Gericht kann dem Täter eine Frist zur Zahlung bewilligen und auch Teilzahlungen gestatten. Dabei kann das Gericht seine Entschlebung nachträglich ändern. Die Vollstreckungsbehörde kann dem Verurteilten auch gestatten, eine uneinbringliche Geldstrafe durch freie Arbeit zu tilgen. Ist der Verurteilte ohne sein Verschulden außerstande, die Geldstrafe zu zahlen oder durch freie Arbeit zu tilgen, so kann das Gericht nach Anhörung der Staatsanwaltschaft anordnen, daß die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe unterbleibt. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn der Verurteilte ohne eigenes Verschulden weder zahlen noch abarbeiten kann (zum Beispiel ein vermögensloser Krüppel). Unterläßt er böswillig, zu zahlen oder abzuarbeiten, so muß er die Freiheitsstrafe abitzen.

Das Gesetz tritt am 1. Januar 1922 in Kraft. Doch können der Wohlthaten der Bestimmungen über Umwandlung kurzfristiger Freiheitsstrafen in Geldstrafen auch solche Personen teilhaftig werden, die bereits vordem zu Freiheitsstrafen von weniger als drei Monaten verurteilt worden sind, aber die Strafe noch nicht oder noch nicht ganz verbüßt haben.

### Welcher Lohnanteil kann gepfändet werden?

Durch zwei unter dem 23. Dezember 1921 vollzogene Gesetze (Gesetz, betr. Minderung der Verordnung über Lohnpfändung, und Gesetz über die Pfändbarkeit von Gehalts-

ansprüchen) erfahren die bestehenden Pfändungsbeschränkungen eine wesentliche Erweiterung. Während dem Lohnangestellten bisher, je nach dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein unterhaltsberechtigter Angehöriger, jährlich 5000 bzw. 4000 Mk. und von dem überschließenden Betrage für seine Person ein Fünftel und für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen ein Zehntel bis höchstens sechs Zehntel und keinesfalls mehr als 9000 Mk. (bzw. 6000 Mk. bei einem nichtunterhaltspflichtigen Schuldner) verblieben; sind in Zukunft 12 000 Mk. schiedlich und von dem Mehrbetrage ein Drittel und bei Vorhandensein unterhaltsberechtigter Angehöriger für jeden derselben ein Sechstel bis höchstens insgesamt zwei Drittel der Pfändung entzogen. Die bisherigen absoluten Höchstgrenzen fallen fort; bei Lohnentkommen von mehr als 50 000 Mk. tritt allerdings insofern eine Beschränkung ein, als dem Schuldner von dem diese Summe überschreitenden Teil seines Einkommens ohne Rücksicht auf seine Unterhaltungsverpflichtungen immer nur ein Drittel verbleibt.

Einige Beispiele mögen das erläutern:

Erstes Beispiel: Der Arbeiter A. hat ein Lohnentkommen von 10 000 Mk. Ihm kann von seinem Lohn überhaupt nichts gepfändet werden, da er unter der Mindestgrenze von 12 000 Mk. bleibt.

Zweites Beispiel: Der Arbeiter B. hat ein Lohnentkommen von 18 000 Mk. Für die Lohnpfändung kommen jetzt in Betracht 6000 Mk. (der 12 000 Mk. überschüssende Teil). Wenn von diesen 6000 Mk. gepfändet wird, hängt von den Familienverhältnissen des B. ab. Ist er alleinstehender Junggeselle, so ist ihm nur ein Drittel des überschüssenden Betrages, das sind 2000 Mk., zu belassen. Er behält also 12 000 + 2000 = 14 000 Mk., 4000 Mk. werden gepfändet. Hat B. dagegen eine unterhaltspflichtige Ehefrau, so verbleibt ihm für diese ein weiteres Sechstel von 6000 Mk., also 1000 Mk., es werden nur 3000 Mk. gepfändet. Für ein unterhaltspflichtiges Kind verbleiben ebenfalls 1000 Mk., ein zweites würde dagegen nicht mehr berücksichtigt werden, da sonst die Zweidrittelgrenze (4000 Mk.) überschritten wird.

Drittes Beispiel: Der Angestellte C., verheiratet und Vater von vier Kindern, hat 80 000 Mk. Einkommen. Ihm kann gepfändet werden: Von den ersten 12 000 Mk. nichts, von dem Betrag zwischen 12 000 und 50 000 Mk. ein Drittel, das sind 12 666 Mk., von dem 50 000 Mk. überschreitenden Einkommensrest (30 000 Mk.) dagegen zwei Drittel, das sind 20 000 Mk., insgesamt also 32 666 Mk.

Bei den Beamtengehältern ist die absolute Pfändungsgrenze ebenfalls auf 12 000 Mk. erhöht. Von dem diese Summe überschreitenden Betrage sind nach wie vor zwei Drittel pfändbar. Ferner sind wie bisher die Teuerungszulagen und außerdem nunmehr auch die Kinderbeihilfen der Pfändung entzogen.

Das Gesetz über die Lohnpfändung tritt am 1. Januar, das über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen am Tage der bevorstehenden Verkündung im „Reichsgesetzblatt“ in Kraft.

# Volkswirtschaft.

## Konjunkturschau.

Gedanken über das Wirtschaftsjahr 1921.

Von Mercurius.

Um die Jahreswende drängt sich unwillkürlich die Frage auf, welche Früchte denn das Mühen und Streben der vielen Millionen Werkstätigen der Welt während der hinter uns liegenden zwölf Monate getragen hat? Welchen Teil der weltweiten Wirtschaftsfrenten auch der Blick des Beobachters abhacht, überall köhlt er auf Trümmern und Verluste. Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1921 stand noch unter der unmittelbaren Einwirkung des Krieges. Das war unermessbar. Der Krieg wurde jedoch mit wirtschaftlichen Mitteln auch im verlaufenen Jahre weitergeführt. Also Wirtschaftskrieg anstatt Wiederaufbau. Und dies hätte sich vermeiden lassen, wenn die Mächte der Welt auf wahnwitzige imperialistische Machtgelüste verzichtet hätten.

Inwiefern die Krise der Weltwirtschaft die Konsequenz des Weltkrieges darstellt, läßt sich in Folgenden zusammenfassen:

Jeder Krieg bringt in die unorganisierte, freie Marktwirtschaft eine Unordnung hinein, die mit Abfahrrückung und Krise enden muß. Seit den Napoleonischen Kriegen nahm die Wirtschaft nach Kriegsende einen großen Anlauf, der nach einer kurzen Blüteperiode stets zu einem Zusammenbruch der Konjunktur führte. Man spekulierte immer auf den Warenmangel, der durch die Lähmung des Produktionsprozesses eintrete. Und man verreckte sich immer im Ausmaß und namentlich in der Gläubigkeit des Bedarfs nach bestimmten Warenorten. Die Vorausberechnung des Bedarfs nach erfolgter zweimaliger Umstellung der Wirtschaft ist außerordentlich erschwert. Dies erhöht die Risikogefahr, die ja auch beim normalen, kontinuierlichen Verlauf der kapitalistischen Wirtschaft innewohnt.

Daß die Hochkonjunktur, die bald nach dem Kriege am Weltmarkt einsetzte, schnell durch die Krise abgelöst wurde, war also eine Notwendigkeit. Der Krieg, den Weltkrieg und Blockade in die Marktzusammenhänge gebracht hatten, war gewaltig. Während der langen Kriegszeit suchten die sich beschlagnahmten Wirtschaftsgüter die Exportartikel der Feindstaaten durch Gründung eigener Industrien zu ersetzen und tunsich ein läckenloses Produktionsprogramm zu verwirklichen. So in der Farben-, der Sprengstoffindustrie, in der Stahlherzeugung, der optischen Industrie usw. Dieses neue Nebeneinander einer Reihe von Industriegruppen mußte natürlich bei Wiederaufnahme der Marktbeziehungen schnell zu schweren Abfahrrückungen führen.

Die Weltmarktkrise brach bekanntlich um die Mitte des Jahres 1920 aus, sie wirkte sich aber erst im letztvergangenen Jahre mit voller Wucht aus. Allgemein verschärft wurde ihre Wirkung durch den Komplex der Talsachen, deren Auswirkungen auf den Weiterbestand des Wirtschaftskrieges hinausliefen.

Das Wesen dieses Wirtschaftskrieges bestand darin, daß die Neueingliederung Deutschlands und Rußlands in die Weltwirtschaft verzögert und verhindert wurde. Im Falle Rußlands erfolgte dies durch Boykott und Isolierung der Sowjetmacht. Bei Deutschland bildeten die Reparationsforderungen das Instrument zur Niederhaltung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung am Weltmarkt. Der Schwerezustand in der Reparationsfrage bis zum Mai 1921, und nachher die Gewißheit von übermächtigen Forderungen auf Grund des Londoner Ultimatus schneit die Möglichkeit der Erlangung internationaler Kredithilfe ab, mangels deren die deutsche Industrie mit Rohstoffen in erforderlichem Maße nicht versorgt werden konnte. So blieb die Produktionsleistung und damit die Kaufkraft Deutschlands gering, trotz der Schein-

blüte, welche die weitere Zerrüttung der Valuta für die Monate August-Dezember brachte.

In welchem Grade der Weltmarkt durch die erörterten vielfachen Schwierigkeiten erschüttert wurde, mögen folgende herausgegriffenen Daten illustrieren.

Die Kohlenförderung Groß-Britanniens belief sich im Jahre 1921 auf etwa 160 Mill. Tonnen gegen 285 Mill. Tonnen in 1913, die Roheisenerzeugung auf 2,5 Mill. Tonnen gegen 10 Millionen Tonnen.

Die Arbeitererschaft aller Länder hatte unter den drückenden wirtschaftlichen Verhältnissen schwer zu leiden. Für die Arbeiter Englands bedeutet das Jahr 1921 eine Unglücksperiode der Lohnherabsetzungen, der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der ausgewiesenen Arbeitslosen streift bereits zu Ende des Jahres die zweite Million!

Und in Deutschland? Hier hat allerdings die Valutakonjunktur auf einige Zeit Beschäftigung gebracht. Die Unsicherheit der ganzen Bewegung liegt aber auf der Hand. Zugleich müssen neue Lohnherabsetzungen erzwungen und erlumpft werden, die nicht etwa eine Verbesserung des Loses der arbeitenden Massen bedeuten, sondern notwendig werden, weil der Preis desselben Stückes Brotes in einer höheren Zahl ausgedrückt wird.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 31. Dezember.			
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
	31. Dez.	30. Dez.	
Amsterdam	100 fl.	6748.20	6898.10
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1418.55	1428.55
Kristiania	100 Kr.	2947.05	3011.95
Kopenhagen	100 Kr.	3661.30	3696.80
Stockholm	100 Kr.	4610.85	4675.80
Helsingfors	100 Finn. Mk.	342.65	352.60
Rom	100 Lire	809.15	789.20
London	1 £	770.20	784.20
New York	1 Doll.	183.81	186.81
Paris	100 Frs.	1491.—	1490.—
Zürich	100 Frs.	3621.25	3651.80
Madrid	100 Pesetas	2767.20	2777.20
Wien	100 K.	6.88	6.88
Budapest	100 K.	30.40	30.46
Prag	100 K.	271.20	244.70

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Lage	St.
Angelommen am 31. Dezember.							
1.		Malmö	Wulf	Kopenhagen	1		
Angelommen am 1. Januar.							
2.		Georgina	Spermann	Kopenhagen	10		
3.		Pauline Daubus	Stahl	Dreßfönd	3		
Angelommen am 2. Januar.							
4.		Lübeck	Gyllenberg	Kopenhagen	16		

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. A. Weber; für Freiheit Lübeck und Genilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., Jamblich in Lübeck.

# Öffentliche Verdingung.

Die Ausführung der Klempnerarbeiten für den Neubau von Wölkewohnungen für die Heilanstalt Strecknitz soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Angebote sind bis zu dem am Montag, dem 9. Januar 1922, mittags 12 Uhr

im Bauamt, Mühlen-  
damm 10, stattfindenden Termin in verschlossener, mit entsprechender Aufschrift versehenen Umschlag an das Bauamt einzureichen.

Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Zuschlagsfrist zwei Wochen. (11348)  
Lübeck, 31. Dezbr. 1921.

Das Bauamt,  
Abt. Hochbau.

Nach langem, in Geduld ertragenem Leiden entschlief am Freitag morgen 3 Uhr sanft meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Schwester u. Schwägerin (11366)

Wilhelmine Tralau geb. Tietgen im eben vollendeten 64. Lebensjahre. In tiefer Trauer  
Chr. Tralau u. Kinder

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 4. Januar, 1 1/4 Uhr in der Bornwerker Friedhofskapelle statt

Am 29. Dezember, nachm. 4 1/4 Uhr, entschlief sanft nach kurzem Krankheitslager in Hamburg bei ihrem Sohn, wo sie zu Besuch weilte, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter u. Großmutter

Sophie Mahnke geb. Ebel im 89. Lebensjahre. Auf's tiefste betrauert u. schmerz-  
lichst vermisst von ihren Kindern und allen, die ihr nahe standen. (11353)  
Beerdigung in Ohlsdorf von 10 bis 11 Uhr am 3. Jan. 1922, nachm. 2.30. Beerdigung Sonntag, 1. Jan., morg. 10 1/4 Uhr, in der Leichenhalle Lübecker Tor.  
Hamburg 24, Jöhlandstr. 44, D. 2, II. L.

Am Freitag entschlief sanft nach langem, schweren, in Geduld ertragenem Leiden unsere liebe Tochter, unsere liebe Schwester (11359)

Emmi Michaels im Alter von 18 Jahren. In tiefer Trauer  
Familie Michaels, Ewerstr. 43.  
Trauerfeier am Donnerstag, 5. Jan., 3 Uhr, Bornwerker Friedhof.

Für die so überaus rege Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters

W. H. Döring sagen wir allen, insbesondere dem Vorstand der Bäder, der Lübecker Kassenbau- u. Gesellschaft, dem Plattdeutschen Verein Fritz Reuter, den Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. (11372)  
Die trauernden Kinder.

Staunend billig  
sind meine **Leder-Sohlen** im Ausschneid.  
Konkurrenzlos billig:  
**Gummi-Absätze \* Gummi-Sohlen**  
erstklassige Marken.

# REFORM

Leder- und Bedarfsartikel-Handlung  
Stepperei

Nur 50 Huxstr. 50

Inhaber: Robert Jentzen.

11869a

Sie können auf jede Reparaturstepperei warten.

Für Geburtstags- und Verlobungs-Geschenke eignen sich unsere in verschiedensten Preislagen vorrätigen Briefkassetten, Briefmappen, Damenschreibmappen, Blumen-Briefarten mit Umschlägen, Notizbüchlein in Wattpapier-Umschlag, Visitenkarten und die reichhaltige Unterhaltungsliteratur.

Buchhandlung

## Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

## Lüb. Sinfonie- u. Theater-Orchester

Dienstag, den 3. Januar, abends 7.30 Uhr, 12.

## Volkst. Konzert

im Gewerkschaftshaus. (11364)

Leitung: Herr Konzertmeister Millies.  
Eintritt 3.50 Mk., einschl. Steuer.  
Vorverkauf in den bekannten Verkaufsstellen.

Meinen geehrten Kunden und Freunden ein glückliches  
**Neues Jahr!**

Dampfwaschanstalt Frauenlob  
Enrich Mau. (11349)  
Augustenstraße 12. Tel. 879.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck.

## Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 4. Januar 1922, abends 7 Uhr pünktlich, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
1. Beitragserhöhung.  
2. Festsetzung des Lokalbeitrages.  
Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.  
Die Ortsverwaltung. (11357)

## Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

## Vorstellung im Stadttheater

am Sonntag, 8. Januar 1922, „Wenn der junge Wein blüht“.

Lustspiel von Björnson.  
Preis der Karte Mk. 5.00.  
Karten sind ab Mittwoch im Gewerkschaftshaus zu haben. (11368)  
Mitglieder erhalten Karten am Dienstag, dem 3. Januar, abends von 7-8 Uhr dortselbst.

## Zentrale für private Fürsorge.

Königsstraße 19, Fernruf 8744.  
Bis einschließl. Montag, den 9. Jan., bleiben alle Abteilungen und die Mittags-tische Königsstraße 19 und Fischstraße 17 geschlossen. (11381)

Nach mehrjähriger ärztlicher und fach-ärztlicher Vorbildung habe ich mich als  
**Facharzt für Haut- und Harnleiden** niedergelassen. (11351)

**Lichttherapie.**  
Tel. 2582. Sprechst. 10-1 und 4-6.  
Mengstr. 10 L.  
**Dr. med. Branmann.**

## Simerbier.

Jeden Dienstag: (11354) Brauerei Stamer.

**Felle,**  
Marder, Zimme, Züchle, Hasen, Kanin u. m. (11386)  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
Isaac Frankenthal  
Lübeck, Beckergrube 53.  
Fernsprecher 8641.  
Sonntags geschl.  
Bitte genau die Adresse zu beachten.

**Schirmreparatur**  
Herbertshaus, Ed. Teßmann  
11385) Hundestr. 45.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.  
Ortsverwaltung Lübeck. (11319)

**Versammlung der Kaufmanns- und We'narbeiter**  
am Montag, dem 2. Januar abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:  
**Bericht der Lohnkommission**  
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der **Zimmerer**  
(Bezirk Lübeck). (11367)

**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung**

am Dienstag, dem 3. Januar abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
Bericht von den Lohnverhandlungen vom Bezirkslohnrat. Bericht-erstatte G. Kleinfeldt, Gauleiter.  
Der Vorstand.

**Hotel Drei Ringe.**  
Meinen geschätzten Gästen und lieben Logenbrüdern meine besten Neu-jahrswünsche. (11340) Harry Rumbach.

Allen Gästen, Freunden und Bekannten ein herzl. „Frohit Neujahr.“ (11347) W. Both, Glockengießerstr. 28.

**Johannishof**  
früher Bierdestill  
Täglich 4 U. (11339)

**Künstler-Konzert.**  
Hansatheater.  
Heute, (11360)  
Montag 7 1/2 Uhr:  
Das Fräulein vom Amt.  
Dienstag (7. Vorst. i. Ab.)  
Das Fräulein vom Amt.  
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:  
Das Fräulein vom Amt.

**Stadttheater Lübeck**  
Montag, 2. Januar, 7 1/2:  
11. Volkst. Konzert.  
Mozart: Jupiter-Sinfonie. G. M. Weber: Ouvertüre zu Oberon. Saint-Saens: Phaeton  
Dienstag, 3. Jan., 7 1/2:  
„Wenn der junge Wein blüht“ (11352)  
20. Ab.-Vorst. Nachst. D.  
Mittwoch, 4. Jan., 7.30 Uhr: Ernant. Oper von Verdi. 20. Ab.-Vorst. Buchst. D.

## Deutscher Metallarb.-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.  
Am 30. Dezember 1921 starb unser Kollege, der Zimmermann  
**Heinrich Schmidt.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 4. d. Mts., nachmittags 2 1/4 Uhr, auf dem Bornwerker Friedhof statt.  
Bezirk 25.  
Ortsverwaltung.

Für bewiesene Teilnahme bei dem Heimgange meiner lieben Frau, unserer lieben Tochter, unseren allen, insbesondere Herru Pastor Michaels unseren herzlichsten Dank aus. (11353)

**Ferd. Dietz u. Familie**  
**W. H. Klempner.**  
Gef. für den Haushalt  
**junges Mädchen**  
(11372) Krenzstr. Lübeck Nr. 12.

Sol. jg. Mann sucht 2-3 möbl. Zimmer, mögl. vollst. Gef. Ang. u. A. N. an die Exp. (11350)

Gute gestreifte neue Jüngling-Hose zu vert. (11344) Hofenpforte 3, III, z.

Kinderwagen gef. Ang. m. Pr. u. F. G. a. d. Exp.

Bl. Ruge m. Halsb. u. St. abh. gefommen g. a. Be-  
lohnung abzug. (11363)  
Schönönenquerr. 4.

Kofefuhren vom Hoch-  
ofen werden übernommen. (11365) Eberbrooks.

## Dr. H. Prahl

Frauenarzt  
von der Reise zurück.  
Privat-Handelstr. 4.  
Der Unterfufus für Buchhaltung, Rechnen u. Vermögensverwaltung beginnt am 5. Jan., der Oberfufus am 6. Jan.  
**Karl Hinzpeter,**  
(11360) Wittkestr. 5.

## Achtung, Sparklubs! Sparkassen-Bücher

in übersichtlicher Auf-  
machung vorrätig in der  
Buchhandlung  
**Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstr. 46.

**Möbel**  
Garten-, Spiel-, Schlaf-  
zimmer, Küchen.  
**Robb's Möbelkammer**  
Fischergrube 25/27.

## Umpressen

Unserer verehrten Kundschaft zum Jahreswechsel uns. besten Wünsche!  
Wir danken bestens für das uns seither geschenkte Wohlwollen und halten uns auch fernerhin für das Umpressen von Damen- u. Herren-Hüten bestens empfohlen. (11362)

Stroh- und Filzhutumpresserei  
**Stamer & Martens,**  
Lübeck,  
Fleischhauerstraße 25, Telephon 302a.

**Oberhemde, Kragen, Vorhemde, Manschetten,**  
sowie Hausstands- u. Leibwädic  
wäscht und plättet sauber und billig  
**M. Heuser, Wiedebstr. 15, I.**

## Beitragsmarken

für Vereine, Gewerkschaften  
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung  
**Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

in 1/2 Stunde vernichten **Garantie Kopf,** Filz- und Sie unter **Garantie Kopf,** Kleider-sow. Brut (Niss.) Wanzen, Flöhe b. Mensch u. Tier p. g. M. Wund-unsch. Verkauf nur: Reiser. Wiese A-gidiensstr. 4. Preis 5 u. 7.50 Mk. Postversand. (11092)

## Freistaat Lübeck.

Montag, 2. Januar.

### Theaternot.

Von Paul Löwigt.

Die große Teuerungswelle, die vor einigen Monaten einsetzte, droht die allmählich wieder zunehmende Gesundung unserer Volkswirtschaft, die Besserung der Lebenshaltung der unter Entbehrungen leidenden Volksschichten und, was eine der allergrößten Gefahren darstellt, manche bisher mühsam erhaltene wertvolle Kultureinrichtung hinwegzuschwemmen. Zu den am schwersten gefährdeten Kultureinrichtungen gehören die öffentlichen Bühnen, die nicht auf Geschäftsmacherei ausgehen, sondern die hohe Aufgabe zu erfüllen haben, dem Volke die Werke der bedeutendsten Dichter und Musiker in würdiger Form darzuführen und damit den Sinn für echte Kunst, für das Wahre, Schöne und Gute, zu wecken und zu stärken. Gerade in Zeiten, wie wir sie jetzt werden durchleben müssen, die viele Menschen verarmten und abstumpfen, sind die Kulturtheater eine unbedingte Notwendigkeit. Dazwischen besteht wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit. Ohne solche Bühnen müßten die lebenden dramatischen Dichter und Komponisten noch mehr verkümmern, als es schon der Fall ist, blieben die wertvollsten Schätze, die wir noch besitzen, ungenühtes und unbeachtetes totes Kapital. Dafür würden aber die Rinos, die in ihrer weit überwiegenden Zahl das Gegenteil von Volkshilfe betreiben, noch schädlicher wirken, als das vielfach schon jetzt geschieht, denn es würde das entsprechende Gegengewicht fehlen.

Wenn man hiernach von dem Gedanken ausgeht, daß die Erhaltung des Kulturtheaters von der Bevölkerung und vom Staat mit allen Mitteln erreicht werden sollte, so läßt sich doch nicht verkennen, daß die finanziellen Mittel einer Stadt oder eines Staates nicht unbegrenzt sind. Auf allen Gebieten erwachen den Ländern und Städten neue Aufgaben, und diese bedeuten wieder neue Ausgaben, während die Steuerquellen, die man vielfach rechtlich streifen lassen könnte, vom Reiche in Anspruch genommen werden. Deshalb wird ein kleiner, vorsichtig wirtschaftender Staat sich bei der Unterstützung, die er für Theater und Musik aufwendet, immerhin eine gewisse Beschränkung auferlegen.

Das bedeutet aber schon für manche Theater das Ende. Infolge der Geldentwertung sind die Ausgaben des Theaters für Licht, Heizung, Löhne, Gehälter und Gagen schon früher oft über Gebühr niedrig gehalten, um mit möglichst geringen Zuschüssen und Eintrittspreisen auskommen zu können — ganz erheblich gesunken, ohne daß man von den Gagen, Löhnen und Gehältern sagen könnte, daß sie etwa über das Allernotwendigste hinausgehen. Für das Lübecker Stadttheater kommt nun noch als finanziell ungünstig wirkendes Moment hinzu, daß er in dieser Spielzeit auch das bisherige namhafte Orchester geleitet hat, wodurch ihm neben einem erheblichen Maß von Mehrarbeit infolge der Teuerung auch eine nicht wieder auszuwählende starke Mehrbelastung seines Ausgaberechters erwuchs. Die Bezüge der Orchestermitglieder bedurfen dringend der Aufbesserung, und die dafür erforderlichen Mittel ließen sich nicht aus Eintrittspreiserhöhungen beschaffen.

Uebersteigen die Eintrittspreise für Konzerte eine gewisse Linie, so wird voraussichtlich ein erheblicher Teil des Publikums seine musikalischen Bedürfnisse noch mehr, als das schon jetzt der Fall ist, in Kaffeehaus- und Bierlokale decken, wo in Form von Aufschlägen auf Speise und Trank in der Regel weit mehr für solche manchmal recht zweifelhaften Genüsse zu zahlen ist, als durch Eintrittspreise für gute Konzerte. Man wird unter diesen Umständen immer damit zu rechnen haben, daß ein leistungsfähiges Orchester, das die Voraussetzung für die Veranlassung wirklicher künstlerischer musikalischer Darbietungen und die würdevolle Auf- führung von Opern ist, nur unter Anwendung erheblicher öffentlicher Gelder bestehen und erhalten bleiben kann.

Ein Theaterbetrieb wie der Lübecker, der Oper, Schauspiel und Konzerte umfaßt, hat mit ganz erheblichen Ausgaben zu rechnen, die infolge der großen Anzahl des beschäftigten Personals bei jeder an sich nicht einmal erheblichen Erhöhung der Bezüge

der Einzelnen ganz gewaltig anschwellen. Wie die Ausgaben in den letzten Jahren gestiegen sind, dafür nur wenig Beispiele: Die Aufwendungen für das Personal, die noch im Jahre 1917/18 245 640 95 Mk. betragen, sind für die laufende Spielzeit auf 1 846 200 Mk. veranschlagt; sie werden aber tatsächlich weit mehr betragen. Dabei ist das Orchester nicht berücksichtigt. Für die Gekleidung des Orchesters zahlte das Theater 1917/18 die Summe von 36 000 Mk.; 1921/22 erhöhte sich die Ausgabe auf 400 000 Mk. Für Gas, Wasser, elektrisches Licht, Lantimen, Versicherungen, Reklamen und andere Unkosten waren 1917/18 82 157,63 Mk. aufzuwenden, 1921/22 sind dafür 374 400 Mk. vorgesehen. Die wirklichen Ausgaben der laufenden Spielzeit sind jedoch weit höher als die in den Voranschlag eingestellten Summen. Dazu kommen noch die sehr erheblichen Leistungen des Staates für das von ihm zur Verfügung gestellte Verwaltungs- und technische Personal sowie für Erhaltung des Gebäudes und Fundus, die infolge der Teuerung außerordentlich sich steigern.

Damit dem außerordentlich erfreulichen Besuch, den das Lübecker Stadttheater auch in diesem Winter aufzuweisen hat, sind die Einnahmen sehr beträchtlich und werden die veranschlagte Summe von 2 266 400 Mk. voraussichtlich nicht unerheblich übersteigen. Im Jahre 1917/18 beliefen sich die gesamten Einnahmen nur auf 415 028,25 Mk. Die Einnahmesteigerung ist aber nicht nur auf das rege Interesse des Publikums für das Stadttheater, sondern auch auf einem wesentlichen Teile auf die wiederholt vorgenommenen Eintrittspreiserhöhungen zurückzuführen. Mit der Gelbentwertung haben die Eintrittspreise allerdings bei weitem noch nicht Schritte gehalten. Sie müßten mehr als verdoppelt werden, wenn sie den Vorkriegsätzen entsprechend gestaltet werden sollten.

Zieht man die Geldentwertung in Betracht, so ist auch der Staatszuschuß jetzt weit geringer als im Jahre 1917/18.

Das Unglück der meisten deutschen Bühnen und der mit ihnen eng verbundenen Orchester ist eben, daß man schwerlich die Eintrittspreise den veränderten Geldverhältnissen anpassen kann. In ganz großen Städten ist das noch am ehesten möglich. In mittleren Orten wie Lübeck würden derartige Eintrittspreise, die sich für die Oper etwa auf 7—12 Mk. und für das Schauspiel auf 6—8 Mk. stellen würden, wahrscheinlich zur Verödung des Theaters und damit zu einem schlechten finanziellen Ergebnis führen. Das Bedenklichste und Bedauerlichste wäre dabei, daß obendrein viele Volksschichten, die wohl für die Bühnenkunst Verständnis und Interesse, aber nicht das nötige gefüllte Portemonnaie hätten, vom Besuch des Theaters fast völlig ausgeschlossen blieben. Gewiß könnten hier vermehrte Volksvorstellungen zu billigen Preisen etwas Abhilfe schaffen, aber doch immerhin kaum in ausreichender Weise, zumal die Selbstkosten für solche Vorstellungen, die hoch in der Hauptsache auf die Sonntagnachmittage zu legen wären, wie das jetzt auch der Fall ist, sehr beträchtliche sind.

Die gegenwärtige Spielzeit des Lübecker Stadttheaters wird voraussichtlich, wenn nicht besondere Umstände eintreten, nachdem mehrere Staatsmittel zur Verfügung gestellt worden sind, ungehindert durchgeführt werden können. Wird das auch in Zukunft möglich sein? Es ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die für Theater und Orchester notwendigen Zuschüsse höher sein müssen, als im laufenden Spieljahre, auch wenn eine beträchtliche Steigerung der Eintrittspreise vorgenommen wird. Vielleicht darf darauf hingewiesen werden, daß die meisten mit der hiesigen Bühne zu veranschlagenden benachbarten Theater weit größerer Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erhalten, als Lübeck sie leistet. Demnach denkt man dort nicht daran, den Theaterbetrieb einzustellen. Man ist gewillt, für die Erhaltung einer der wichtigsten Kultureinrichtungen, deren Ende zugleich eine weitere große Verarmung unseres Volkes bedeuten würde, noch bedeutendere Opfer als bisher zu bringen; jedoch in der Erwartung, daß dieartigen Kreise, denen Musik und Theater in erster Linie zugute kommen, auch überkreuz zu solchen Opfern bereit sind. In Lübeck wird hoffentlich diese Opferwilligkeit nicht geringer sein.

Dem Theater- und Musikliebenden Lübeck drohen schwere Gefahren. Darauf hinzuweisen ist der Zweck dieser Darlegungen. Es gilt, dafür zu wirken, daß die Pflegegüter echter Kunst auch in schweren Zeiten vor Vernichtung bewahrt bleibt und daß unser vortreffliches Orchester nicht der Auflösung und der Teil seiner Mitglieder, der am längsten in Lübeck Kulturarbeit geleistet hat, der öffentlichen Fürsorge anheimfällt. Das Theater ist in Not. Hilfe jeder nach seinen Kräften, daß es nicht der Ungunst der Verhältnisse zum Opfer falle!

## Wie schütze ich mich vor Grippe.

Die Grippe tritt im Reiche und auch in Lübeck recht häufig auf. Die hiesige Ortstrankenkasse hat in der vergangenen Woche über 2000 Krankmeldungen neu zu verzeichnen gehabt, die wohl hauptsächlich auf die Grippe zu setzen sind. Bei der gefährlichen Folgeerscheinungen dieser Krankheit dürfte es von allgemeinem Interesse sein, zu erfahren, ob und wie man sich gegen diese Krankheit schützen kann.

Da in den letzten Jahren die Grippe mit unheimlicher Schnelligkeit die ganze bewohnte Welt durchzog und ähnlich wie in vergangenen Zeiten es andere Seuchen getan hatten, unzählige blühende Menschen hinwegraffte, könnte man zu dem Glauben kommen, daß diese Mäßigkeit nicht bestände, daß man mit einem gewissen Fatalismus die Sache an sich herantommen lassen müßte.

Dieses Gefühl der Ohnmacht ist unberechtigt. Wir können uns gegen Grippe schützen — wenn wir nur wollen. Dieser Wille ist aber ausschlaggebend, denn der Schutz gegen die Grippe ist nicht so einfach, wie z. B. der gegen die Pocken, wo man nur zu impfen lassen braucht, um dann vor Ansteckung sicher zu sein. Wenn man sich gegen die Grippe schützen will, muß man selbst nachdenken und etwas Energie zeigen. Und dies liegt vielen Leuten nicht.

Wenn der Erreger der Grippe auch noch nicht ganz sicher bekannt ist, die Art ihrer Verbreitung kennen wir genau. Sie wird durch Bakterien, die der Kranke besonders beim Niesen und Husten von sich gibt, von Mensch zu Mensch verbreitet. Es kommt also alles darauf an, daß der Kranke, sei es im Krankenzimmer, oder, wenn er noch nicht bettlägerig ist, auf der Straße, im Theater oder sonstwo im täglichen Verkehr nicht rücksichtslos seinen Mitmenschen anhauset oder anniest. Und der Gesunde andererseits muß beim Husten oder Niesen in seiner Umgebung keine eigenen Eingangspforten für die Bakterien schützen, d. h. den Mund zuhalten oder bedecken oder den Kopf ganz beiseite nehmen, wenn sein Nachbar allzu „heuchelt“ redet oder gar hustet. In diese kleinen Vorkehrungsregeln muß man täglich denken und sie ständig befolgen.

Man sieht also, der ganze Schutz gegen die Grippe ist schließlich eine Erziehungsfrage. Daher ist es auch dringend notwendig, daß in Zeiten, wo die Grippe wütet, die Lehrer ihre Schulkinder immer wieder ermahnen, daß sie sich nicht gegenseitig anhauset und anniest.

Da es ferner auch feststeht, daß Leute, die zur Erfüllung neigen, doppelt empfindlich für die Grippeansteckung sind, so muß man auch in diesem Zusammenhang wieder auf der Ruhen allgemeinen Körperlicher Vorkämpfungen hinweisen. Wenn die Abhärtung vernunftgemäß, vorsichtig, mehr mit Hilfe der Luft als mit kaltem Wasser, betrieben wird, so bildet sie ja den besten Schutz gegen die bei anfälligen Personen sich stets wiederholenden Erkrankungen.

Zum Schluß sei noch der Rat erteilt, daß jeder, der merkt, daß trotz aller angewandten Vorsicht die Grippe bei ihm eintreten will — man fühlt das meist schon ein paar Tage vorher am allgemeinen Unwohlsein, Kopf- und Gliederjammern — sich sofort zu Bett legt. Sonst fällt nicht der Mensch jedem Krankheitsgefühl allzu sehr nachgeben, ein Grippekranker aber gehört sofort ins Bett.

## Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Wählt Liste D. Wählt Liste D.

Was brauche ich um mein Wahlrecht auszuüben?  
1. Meine Versicherungskarte.  
(In den letzten 12 Monaten muß mindestens ein Monatsbeitrag geleistet sein.)  
2. Eine Legitimation (Paß, Bürgerbrief oder Meldebuch).

Jeder freigewerkschaftlich organisierte Angestellte wählt die Liste des

## Allgemeinen freien Gewerkschaftsbundes

Wählt Liste D. (Ala.) Wählt Liste D.

## Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

42. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Slava hatte ihren Korb neben sich auf den Boden gesetzt und blickte ihn fortwährend mit ihren Bliden, als ob sie fürchte, daß er davonlaufen werde, sobald sie ihn aus den Augen ließe. Mit gesenktem Korb und leise bebenden Lippen sagte sie: „Ich schau das Haus an, weil ich mich nicht getraue, dich anzuschauen.“

Babel zog die Brauen finstler zusammen und murmelte etwas von einem „bösen Gewissen“.

Da wurde sie wieder rot: „Wer hat ein böses Gewissen?“

„Der fragt.“

„Ich? ... warum hätte denn ich ein böses Gewissen?“

Die geheuchelte Treuherzigkeit, mit der diese Frage gestellt war, empörte ihn, und während tausend brennende Ausdrücke für seinen Hohn sich ihm auf die Lippen drängten, plumpfte er heraus mit dem schwächsten, dem kindischsten: „Hast du mir nicht meine Ziegel zertreten?“

Das Mädchen erhob die Augen, ihr Blick ruhte voll und hell auf ihm: „Wann soll ich das getan haben? ... Das habe ich nie getan.“

„Nig nicht,“ herrschte er sie an.

„Ich lüg nicht,“ erwiderte sie, „warum soll ich lügen? Ich hab's nicht getan und damit gut.“

Er glaubte ihr, er konnte nicht anders, als ihr glauben, und schon etwas besänftigt, fuhr er fort: „Bist du mir nicht nachgegangen mit einem Stein in der Hand?“

„Über Babel, wer wird sich denn merken, was ein dummes Kind getan hat. Was hast du nicht alles getan?“ Sie schlug leicht und ätzlich mit der Hand in die Luft: „So was vergißt man. Ich hütete dich, Babel, vergiß das.“

Er schwieg; es überkam ihn wie Scham über sein allzu treues Gedächtnis. Hatte sie nicht recht? — So was vergißt man. Vom Berzeiber, ja von Dankbarkeit gegen die Urheber unserer Prüfnungen hatte Milada gesprochen, vom Vergessen der Beleidigung — nicht. Um ihm davon zu sprechen, von diesem gründlichen Seimittel, hatte die kleine nichtsnutzige Feindin kommen müssen.

Sie sagte noch ein paar freundliche Worte, beugte sich, hob ihren Korb auf und setzte ihre Wanderung fort.

Babel blieb allein mit Damur, mit seiner Arbeit und mit seinen Gedanken. — Vergiß, dann brauchst du nicht zu vergeßen! Vergiß, dann hast du auch keinen Grund, die etwas darauf ein-

zubilden, daß du verziehen hast. Wenn man's nur trübe! Er begann sich, daß er es einmal getroffen hatte, der hübschen Widersacherin gegenüber, damals, als er aus dem Schloße gestürzt kam, voll des Glückes über das große Geschenk der Frau Baronin. Und was einmal zufällig und unwillkürlich gelang, sollte es nicht wieder gelingen können, freiwillig und mit gutem Bedacht?

Bei ihrem nächsten Gang zum Forsthaule hielt Slava abermals eine Zwiepsprache mit Babel, und seine erste Frage an sie war:

„Wenn du kein schlechtes Gewissen gegen mich gehabt hast, warum hast du dich gesüchelt, mich anzuschauen?“

„Weil du immer so verdrießlich gewesen bist und häßliche Augen auf mich gemacht hast. Was mag ich nicht, ich hab's gern, daß man fröhlich ist und mich freundlich anfieht.“

Mit diesem „man“ meinte sie nicht etwa ihn allein, sie meinte jeden. Babel lächelte sich nicht lange darüber. Es war ein Teufelchen der Lustigkeit in ihr, das sie antrieb, den Ernst zu bekämpfen, wo immer sie ihm begegnete. Und diese Lustigkeit, die fast bis an die Grenze der Ausgelassenheit gehen konnte, verbunden mit den hohen Ehren, in denen sie ihr nettes Persönchen hielt, und ihrem jungfräulich züchtigen Wesen machte ihren von jung und alt empfindenden Zauber aus.

Auf niemanden jedoch wirkte er unwiderstehlicher, als auf Arnoff, den hatte sie völlig umstrickt, und er machte Babel gegenüber weder ihr Gefühl aus, seinen Liebesbeschwern noch aus seiner Eifersucht auf ihn. Als ein verständiger, mit praktischem Sinn ausgerüsteter Burche fand er nichts erklärlicher, als daß Slava den Inhaber eines Hauses und eines Feldes ihm, der nur ein Haus und den dazu gehörenden kleinen Gemeindeanteil besaß, vorziehen müßte.

Daß Babel in die Reihen der Bewerber um die Günst oder die Hand des hübschen Mädchens zu treten beabsichtigte, schien ihm so ausgemacht, daß er nicht einmal danach fragte, und sein Freund, dem er das zu verstehen gab, und der schon hatte sagen wollen: „Bist ein Narr, ich denk nicht an sie, sie ist mir gleich wie nur was,“ verschluckte diese Antwort; denn — er wollte nicht lügen.

Gleichgültig war sie ihm nicht, sie hatte es auch ihm angetan. Nicht wie dem Arnoff, von einem blinden Verliebtem war bei ihm keine Rede, aber warum machte ihn ihre Nähe, und überaus gut gefiel sie ihm, und überaus lieb wäre es ihm gewesen, wenn er den Zweifel hätte loswerden können, der sich in ihrer Gegenwart immer wieder meldete und eine gewisse bange, unbestimmte Erwartung: „Jetzt und jetzt wird sie etwas tun, das mir ans Herz greifen und mir die Freude an ihr verderben wird.“

Ein anderes Bedenken, das ihn früher schwer gequält hatte, war er ganz losgeworden, das: wird mich denn eine Ordentliche

nehmen? wird eine Ordentliche unter einem Dache mit meiner Mutter leben wollen? Nun, die Slava war eine Ordentliche und ließ ihn merken, daß sie ihn nehmen würde, obwohl sie recht gut wußte, daß die Mutter heute oder morgen heimkehren und Aufnahme finden werde bei ihrem Sohne. Sie fragte ab und zu nach ihr und sprach einmal:

„Eine Mutter klebt halt doch immer eine Mutter, sie soll sein, wie sie will, wenn man nur eine hat. Ich hab keine.“

Babel begrüßte sie nun stets sehr artig, machte sie mehr schreckliche Augen „auf sie“, verhielt sich aber, was auch in seinem Innern drängte und garte, äußerst zurückhaltend gegen die Kleine, während Arnoff vor ihr in Weidholz jerschmolz oder in Flammen aufloderte. Der verliebte Burche war immer genau unterrichtet von jedem ihrer Schritte, und immer traf's sich, daß er an den Tagen, an denen sie einen Botengang ins Forsthaus unternahm, zufällig just nichts zu tun hatte und sich Babel zur Verfügung stellen konnte, um ihm bei seiner Arbeit behilflich zu sein. Kam die Erwartete dann, so fand sie die Zwei an den Zaun gelehnt und ihrer harrend. Wer es in größerer Sehnsucht tat, ob der Erste, Verschlossene, ob der andere, sie wußte es nicht. Sie benahm sich gegen beide gleich herzlich, gleich kameradschaftlich, sprach aber mehr mit Arnoff, weil sich der viel besser auf Scherz und Neiden verstand.

Nach Weihnachten brachte Slava einmal eine Kunde aus dem Schloße, durch die alle eingeschlummerten Sorgen Babels um seine Schwester wieder wach gerüttelt wurden. Milada war krank gewesen, die Frau Baronin hatte neuerdings einen Besuch im Kloster gemacht und war von neuem getrübt heimgekehrt. Es ging besser, versicherte sie, es ging gut. Dennoch hatte sie sich von „ihrem Kinde“ nicht leicht getrennt, gedachte bald zu ihm zurückzukehren und dann mehrere Wochen, als Gast der Frau Oberin, im Kloster zu verweilen. Vorher aber — ließ sie Babel sagen — wolle sie ihn noch sprechen.

Er befiel sich, von der Erlaubnis Gebrauch zu machen, fand die alte Dame beugte und unruhig und, je mehr sie das war, desto bemühter, sich Frieden zu erringen und den der andere nicht zu führen.

Die Frau Baronin gab Babel das Versprechen, ihn unmittelbar nach ihrem Eintreffen in der Stadt eine Zusammenkunft mit Milada zu erwirken, und nahm dafür sein Wort in Empfang, daß er sich um eine solche nicht auf eigene Hand bemühen werde.

Er schrieb an Milada, erhielt einige schöne, tröstliche Zeilen, wartete auf die Abreise der Frau Baronin, und als diese erfolgte, auf die Berufung zu seiner Schwester. Sein Herz war schwer und wurde nur etwas leichter, wenn es ihm vergnügt war, sich an dem Anblick des holden Mädchens zu laben, das Arnoff und er nicht mehr anders als die „Goldamset“ nannten.

(Fortsetzung folgt.)

Jahresübergang.

In ziemlich ruhiger Weise vollzog sich in den Straßen Lübeds der Uebergang vom alten zum neuen Jahre. Zwar hatte Petrus am Silvesterabend die Schenken zugemacht und den wütenden Sturmwind der letzten Tage etwas gezügelt, aber ein Silvestertrübel wie in der Vorkriegszeit zeigte sich nirgends, wenigstens nicht in den Straßen. In der Breiten Straße vor dem Rathhause hatte sich um die Witterungsstunden, als die Glocken mit mächtigem Klang das neue Jahr einläuteten, eine größere Menge, zumeist junge Leute, eingefunden. In den Profit-Neujahr-Kauf mischte sich hin und wieder der Knall eines Feuerwerkskörpers und das Getöse von Wasserpumpen. Auch bunte Narrenkappen und Papierfliegen sah man zuweilen. Im allgemeinen verlief aber alles ruhig und friedlich. Der Trübel legte sich ebenfalls mit dem Morgen einiger durstgestillter Köpfe. Die Drohorgelänner hatten sich um 12 Uhr von der Straße geflüchtet und ließen nun in den verschiedensten Lokalitäten ihre "lieblichen Weisen" erklingen. Ein lottes Leben und Treiben scheint in jenen Vergnügungsorten geherrscht zu haben, wo alle diejenigen mit schweren Briefstücken zu versehen pflegen. Uns war es nicht vergönnt, dort Einkehr zu halten. Die im Gewerkschaftshaus vom Sozialdemokratischen Verein veranstaltete Silvesterfeier war stark besucht. Die junge Welt, die nach Herzenlust das Tanzbein schwang, war dort am zahlreichsten vertreten. Kurz vor 12 Uhr hielt Genosse W. i. h. eine Ansprache, die mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie endete. Dann hallte das vielstimmige "Profit-Neujahr" durch den Saal, die gegenseitige Neujahrsbegrüßung hatte ihren Anfang genommen. Danach legte der Tanz wieder ein, der die zahlreichen Gäste noch einige Stunden in froher Stimmung beisammenhielt. Am Neujahrstage herrschte ein ungemächliches ungesundes Wetter. Der Regen verdrängte den ganzen Tag herab und ließ keine rechte Neujahrstimmung aufkommen. Im grauen düsteren Gewande führte das neue Jahr ein. Grau, wie dieser Tag war, liegt auch die Zukunft vor uns. Möge es dem schaffenden Volke gelingen, sich in diesem Jahre endlich ein lichteres Dasein zu erkämpfen.

Aus dem Jahresbericht der Lübeder Handelskammer.

Im Wirtschaftsjahr 1921 zeigte sich in fast allen hiesigen Geschäftszweigen im ersten Halbjahr ein abnehmender Verkehr und Geschäftswille. In der zweiten Hälfte dagegen trat eine Wiederbelebung und eine bessere Konjunktur ein. Der Mengenumsatz hielt sich ungefähr im Rahmen des Vorjahres, in einigen Geschäftszweigen war der Umsatz etwas größer, namentlich in solchen Betrieben, die den Handel mit Waren wieder aufnehmen konnten, welche seit Kriegsausbruch nicht mehr im freien Verkehr gewesen waren. Der Sturz der Markt im zweiten Halbjahr brachte eine gewisse Hochkonjunktur. Fabrikanten und sonstige Lieferanten waren bald nicht mehr in der Lage, trotz ständig steigender Preise, den Anforderungen zu genügen. Auf dem Rohstoff- und Warenmarkt trat allgemeine Warenknappheit ein. Inland und Ausland kauften nach Auflösung des Handels weit über den zeitweiligen Bedarf, das Inland aus Furcht vor weiteren Preissteigerungen, das Ausland wegen der Wohlfeilheit der deutschen in Qualität wieder bedeutend verbesserten Waren. Erfolgreicherweise sind mancherlei Geschäftserbindungen zwischen Lübeck und den nördlichen Ländern und in zunehmendem Maße auch mit transoceanischer und außerdeutscher mitteleuropäischer Ländern neu angeknüpft oder wiederhergestellt worden. Zum Teil boten hierzu auch die Veranstaltung der Nordischen Woche im September manche Gelegenheiten.

Im Holzhandel war der Absatz zunächst gering, besserte sich aber im Sommer, namentlich als überall mit dem Bau von Siedlungen begonnen wurde. Auch die Industrie und die Möbelfabriken hatten einen nicht unbedeutenden Bedarf an Holz. Die Einfuhr ausländischen Holzes war etwas lebhafter als im Vorjahr. Besonders im Herbst kamen ziemlich umfangreiche Sendungen aus Finnland. Die Einfuhr aus Schweden und der baltischen Randstaaten war nur sehr gering. Aus Rußland fand keine Zufuhr statt. Die Preise stiegen infolge des sinkenden Marktwertes gegen Ende des Jahres ziemlich bedeutend. Der Bezug von nördlichen Eisenerzen auf Grund alter Verträge erledigte sich glatt. Die Lieferung von Eisen und Stahl von den inländischen Werken war verhältnismäßig gut. Seit Oktober haben aber viele Werke den Verkauf bereits wegen Ueberbürdung eingestellt, übernommene Aufträge wurden sogar von den Werken rückgängig gemacht. Die Preise stiegen auf das 20-fache der Friedenszeit. Trotzdem war die Nachfrage groß. Die Einfuhr von Schweden war gering. Valua, Jolkaußgold und Einfuhrverhote, so heißt es, wirkt einjührhemmend. Die Handelskammer weist in ihrem Bericht an mehreren Stellen auf diese Tatsache hin. Außerdem wird auch wiederholt hervorgehoben, daß der Abbau der Zwangswirtschaft Handel und Verkehr günstig beeinflusst habe. Es ist erklärlich, wenn eine reine Interessenorganisation, wie es die Handelskammer ist, für die nötige freie Wirtschaft eintritt. Sie steht nur alle günstigen Momente, läßt aber die Kehrseite des "freien Spiels der Kräfte" größtenteils außer acht. Im Kolonialwarengroßhandel gibt sie aber zu, daß sich nach dem Uebergang zur freien Wirtschaft im Handel mancher Waren Mängel, insbesondere starke Preissteigerungen zeigten. Der Grund hierfür soll nach der Handelskammer allerdings bei den meisten Inlandserzeugnissen an der bestehenden Warenknappheit, bei Auslandswaren im Sinken des Marktwertes zu suchen sein.

Krossbeeren wurden aus Finnland in einem bisher nicht gekannten Maße eingeführt. Der Weinhandel mußte sich im Gegensatz zu früher mehr auf deutsche Weine verlassen. Die Nachfrage war größer als die Vorräte. In Drogen, Karben und Chemikalien war der Absatz gut. Der Ankauf von Waren (namentlich Luxus- und feinen Qualitätsartikeln) durch Ausländer im Einzelhandel war im September bis November nicht unbedeutend, jedoch erreichte er anschließend den Umfang des Jahres 1920 nicht. Die bestehenden Büchergesetze sollen dem weniger kapitalstarken Einzelhandel die Fortführung dieser Geschäfte schwer gemacht haben. Aus Mangel an Betriebskapital soll es vielen unzulänglich geworden sein, neue Waren infolge des 3- und 4fach gestiegenen Preises einzukaufen.

Die Lübeder Banken erzielten ein befriedigendes Ergebnis. Einige Banken nahmen zur Verstärkung der Eigenmittel beträchtliche Kapitalerhöhungen vor. Die hohen Kreditansprüche von Industrie und Handel konnten sämtlich befriedigt werden. Das Devisengeschäft, insbesondere die Beschaffung von ausländischen Zahlungsmitteln für den hiesigen Einzelhandel, war sehr lebhaft. Die Effektenaufträge erreichten eine bisher noch nicht dagewesene Höhe und konnten nur mit Mühe ordnungsmäßig erledigt werden. Der Zahlungs- und Geschäftverkehr zwischen Lübeck und den nördlichen Ländern machte sehr erhebliche Fortschritte. Im nächsten Artikel wollen wir über die Lübeder Jadaurie berichten.

Die Titelliste gewahrt. Amlich wird bekannt gemacht: Der Senat hat den Senatspräsidenten Dr. Otto Geise, Dr. Carl Plesing, Dr. Johannes Kresschmar, Dr. Friedrich Lange und Dr. Rudolf Grosse den Titel "Staatsrat" verliehen. Dem Bureauchef der Bürgerkass Dr. phil. Friedrich Bruns wurde der Titel "Senatsrat" verliehen, dem Bureauchef der Bürgerkass Johann Hennings der Titel "Rat bei der Bürgerkass" und dem Oberinspektor der Senatskass Carl G. der Titel "Bureauchef" verliehen. Die Eitelkeit ist eine Eigenschaft, die man bei gebildeten Menschen am wenigsten haben sollte, aber an meisten trifft. Wir haben in einem wahrlich wichtigen Angelegenheit, als demütigen Ratgeber auszusprechen. — Des

dem Bericht der L. M. über einen Silvester Gottesdienst ist zu entnehmen, daß im Anschluß hieran eine feier prominenter Persönlichkeiten in der Sakristei der Marienkirche stattfand, bei der Bürgermeister Dr. Neumann ehrenhalber zum Doktor der Theologie ernannt wurde. Da die Lübedische Landeskirche derartige weltliche Ehren nicht zu vergeben hat, wählte man sich an die theologische Fakultät der Universität Kiel, die gern bei der Titelerhebung aushalf, da dort die Lübedischen Kandidaten vorbereitet werden.

Fahrplan-Erweiterung der Straßenbahnlinie 11. Die Direktion der Lübeder Straßenbahn beabsichtigt entsprechend einem wiederholt in der Bürgerkass geäußerten Wunsche, im Januar den letzten Wagen der Linie 11: 8.50 abends ab Kohlmarkt, 9.20 abends ab Gausstraße verkehrsmäßig wieder einzulegen und an Hand der Benutzungsziffer erneut die weitere Inbetrieblassung zu prüfen.

Lübeder Konservatorium der Musik. Dem Vernehmen nach gibt Herr Prof. Hofmeier das von ihm bisher geleitete Konservatorium wegen Verlaufs des Hauses zu Ostern auf. Mit Unterstützung weitest möglicher Kreise wird Frau Hilda Koch-Gädde ein neues Musik-Konservatorium unter bewährter musikalischer Leitung zu Ostern eröffnen.

Siedlungsunternehmen der Deutsch-Brasilianischen Arbeitsgemeinschaft in Hamburg. Das Reichswanderungsamt teilt mit: Die Deutsch-Brasilianische Arbeitsgemeinschaft in Hamburg plant ein Siedlungsunternehmen im Staate Mato Grosso, Kolonie St. Elisabeth, dessen Finanzierung durch die Deutsch-Brasilianische Boden-Kredit-Vereinsgesellschaft erfolgen soll, und sucht durch Veröffentlichungen und durch Verbenung von Informationen und Prospekten Mitglieder zu gewinnen. Der Anschluß an das Unternehmen kann seitens des Reichswanderungsamtes nicht empfohlen werden. Das für die Besiedlung in Aussicht genommene Land eignet sich weder für eine Ansiedlung in großem Umfange noch für die Errichtung industrieller Anlagen. Bei der Abgelegtheit des Gebietes und der teuren Frachtkosten sind die Aussichten für eine gedeihliche Entwicklung der Kolonie St. Elisabeth sehr gering. Auch muß ernstlich in Zweifel gezogen werden, ob die zur Durchführung des Unternehmens erforderlichen großen Mittel aufgebracht werden können und die Leitung über die erforderliche Landeskenntnis verfügt.

Oberbaurat Hafe, der Direktor der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, tritt auf sein Ansuchen zum 30. Juni in den Ruhestand.

Travemünde. Von der Fischerei. In der Travemünde der Bucht wurden die Arbeiten mit der Ringwade teilweise aufgenommen. 70-80 dieser großen Fanggeräte sind für die bevorstehende Fangzeit angemeldet. Zurzeit schwebt die Frage, ob auch dänische Fischer in der Travemünder Bucht zugelassen werden sollen. Die dänische Regierung vertritt das Verlangen der dänischen Fischer mit Nachdruck. — In der Gernerfölder Bucht sind schon 17-18 Ringwaden, heimische, sowie solche aus Kiel, Kapellen und anderen Orten, tätig. Der ungünstigen Witterung wegen ist der Fang bisher gering ausgefallen und auch mit größeren Schäden durch die Stürme verbunden gewesen. In der Nacht zum Sonntag wurden 50 Kisten Serringe und Sprott geliefert.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Das 12. volkstümliche Konzert im Gewerkschaftshaus findet am Dienstag abend 7 1/2 Uhr statt. Auf dem Programm stehen Beethoven, Liszt, Keler-Véla, Suppé u. a. hervorragende Kompositionen. Bei dem geringen Eintrittspreis ist wohl zu erwarten, daß viele vom Bezirksbildungsausschuß und dem Lübedischen Sinfonie- und Theater-Orchester veranstalteten Konzerte einen lebhaften Zuspruch zu verzeichnen haben.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Zum Polizeipräsidenten wurde der Regierungsdirektor bei der Polizeibehörde Dr. Campe ernannt. C. ist seit 18 Jahren im Hamburger Staatsdienst. Die Verhältnisse bei der Polizeibehörde hatten sich in der letzten Zeit, vor allem infolge des Umstandes, daß zwei Regierungsdirektoren an ihrer Spitze miteinander rivalisierten, so entwickelt, daß der Dienst bei der Polizei in sehr schlimmer Weise darunter litt. In einer Reihe von Fällen hat Regierungsdirektor Dr. Hartmann die Anweisungen des Senats direkt durchkreuzt. Nicht ohne seine Verschuldung sind vertrauliche Akten bei der Polizeibehörde, um der Behörde, dem Leiter der Kriminalpolizei, dem Stabschef der Sicherheitspolizei und letzten Endes dem verhassten sozialdemokratischen Polizeiherrn Angelegenheiten zu machen, in die reaktionäre Presse gebracht worden. Seine verehrte Gattin, eine sehr energische Dame, ging aus und ein in der Redaktion der "Hamburger Nachrichten". Dies Intrigenpiel hat bei der Polizeibehörde geradezu verheerend gewirkt. Ueber die Beseitigung der Querscheitler ist die reaktionäre Presse aus dem Häuschen geraten.

Westerland. Schwere Sturm auf Sylt. Die westländischen Kuranlagen sehen vor dem Untergang. Der mit unermindelter Stärke tobende Sturm und die einsetzende Springflut vollenden das Zerstörungswerk. Sonnabend mittag gab eine circa 30 Meter lange Mauer nach und stürzte ins Meer. Die ungehindert einfließenden Fluten haben in den Nachmittagsstunden die Uferein-Deichlinie zum Einsturz gebracht. Da bereits die Grundmauern der nördlich gelegenen Halle freigelegt sind, ist mit der Zerstörung der Bauweise händlich zu rechnen. Die vom südlichen Bauamt getroffenen Sicherheitsmaßnahmen haben sich als nutzlos erwiesen. Die Steinbrücke und die mit Eisenschienen beschwerten Böschungspadungen sind von der See hinweggespült. Stark gefährdet ist das Strandkafino von Otto Triebitz, da die Wassermaffen die Böschung unterpült haben, die das Gebäude stützen. Auf dem südlich gelegenen Teil der Promenade hat die See eine neue Eindringstelle gebildet. Die Bergungsarbeiten mühten wegen der Lebensgefahr eingestellt werden. Die Bogen schlagen bis auf die Dächer der hochgelegenen Gebäude. Da der Sturm und die Springflut wieder verstärkt einsetzten, ist mit der Zerstörung sämtlicher Anlagen am Strande zu rechnen. Der Schaden wird auf einige Millionen zu bezuschlagen sein.

Koppl. Tot aufgefunden wurde die geschiedene unter Sittenkontrolle stehende Frau Rosa Koppl, geb. Börner, in ihrem Zimmer im Hause Wall 70. Die Leiche wies mehrere Dolchstiche auf, jedoch unweitelhaft Nord vorliegt. Auf die Ermittlung des Täters ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Aus aller Welt.

Ein Schesal. In einem Planegg behennte 26 Jahre alte Magd Anna Kirzborger hatte kürzlich heimlich entbunden. Infolge Erkennung kam die Sache bald ans Tageslicht. Bei ihrer Vernehmung gab sie zu, daß sie ein Kind gezeitet und die Leiche vergraben zu haben. Die angestellten Nachforschungen erwiesen sich aber als unrichtig, worauf die Nebenmutter bei einem neuerlich eingehenden Verhör schließlich zugab, das lebende Kind sofort nach der Geburt den Schwestern vorgeordnet zu haben, die es aufzuziehen. Das Kind wurde nun verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis nach München eingeliefert.

Verhaftung einer vornehmen Diebesbande. Die Berliner Kriminalpolizei hat eine Gesellschaft von äußerst vornehm aussehenden gewerbsmäßigen Ladendieben aufgehoben, die eine elegant ausgestattete 6-Zimmerwohnung am Kurparkbad am

inne hatten. Die Diebe, 2 Ehepaare und eine Frau, bestahlen in der Maste elegant gekleideter Kunden die vornehmsten Geschäfte in Berlin. In der Wohnung wurden wertvolle Schmuckstücke, Kristalle, Beize, Teppiche, ein Kaffeedienst und anderes Diebesgut im Gesamtwert von einer Million beschlagnahmt. Weiter wurde den Dieben 90 000 Mark bares Geld abgenommen und ein Bankkonto über 150 000 Mark gelerrt.

15 Mädchen verbrannt. In Berviers bei Lüttich, verursachte das Blasen eines Dampftröbes unter den Arbeiterinnen einer Kartonagenfabrik eine allgemeine Panik. Ungefähr 30 junge Mädchen und Frauen waren im ersten Stock beschäftigt, als plötzlich das Dampftröb platzte. Die meisten Arbeiterinnen wurden durch den Dampf verbrannt. Bis jetzt sind 15 Todesfälle gezählt.

Der Feuerhaken als Rettungsmittel. Der vielleicht einzig dastehende Fall, daß ein Wohnungseindringler von einer fleißigen Frau mit einem Feuerhaken zu Boden geschlagen und schließlich der Polizei übergeben wird, beschäufte das Schöffengericht in Berlin. Wegen verlusten schweren Diebstahls war der 22jährige Arbeiter Koranski angeklagt. — Eines Tages hatte die bei ihrem verheirateten Sohne wohnhafte 70jährige Frau Olga Schmidt sich in die Ecke eines in der Küche stehenden Sofas gesetzt, um ein kleines "Nickerchen" zu machen, als sie an der Korridortür ein verdächtiges Schließen hörte. Sie verhielt sich ganz ruhig und bemerkte nun, wie die Tür geöffnet wurde und ein fremder Mann eintrat, der sofort in die Wohnstube ging und sich an einem Schrank zu schaffen machte. Sie bewaffnete sich nun mit einem Feuerhaken und schlich sich auf Strümpfen in das Zimmer, um hier mit voller Wucht den Feuerhaken auf den Kopf des Diebes niederzusenken zu lassen. Als sie sah, daß der Eindringling hinterüber fiel, lief sie hilfernd auf den Treppenhof und alarmierte die übrigen Hausbewohner. Die herbeigeholten Sipo-Beamten fanden den Eindringler aus einer tiefen Kopfwunde schwer blutend bewußtlos am Boden liegend vor. Die Siebzigjährige hatte so derbe zugehauen, daß die Schädeldecke des Angeklagten zertrümmert war, und er mehrere Wochen im Krankenhaus zubringen mußte und eine einseitige Lähmung davongetragen hat. Mit Rücksicht hierauf erkannte das Gericht nur auf 6 Monate Gefängnis.

Theater und Musik.

Sanja-Theater.

Am Silvesterabend wurde "Das Fräulein vom Amt" auf den Spielplan gesetzt. Eine Operette von den vielen, in denen geherzt und geliebt und mit vertauschten Rollen gespielt wird. Bei denen es nicht um die Wahrheitlichkeit der Handlung, sondern um amüsierte Zwischenfälle und komische Situationen ankommt. Dlonkowsky kennt sich hierin aus. Er hat sich sogar in Franz Arnold noch einen Kompagnon vertrieben, obwohl der Fuz dieser Hochzeitsgeschichte wirklich ohne große geistige Anfofter auch von einem Dichter bestritten werden könnte. Jean Gilbert gab dem Libretto den musikalischen Schwung, der bald träumerisch, bald in toller Fröhlichkeit die Herzen erklingen läßt. Herrscht dann auf der Bühne wie im Publikum zu allem hin Silvesterstimmung, dann kommt immer eine Seelenvibration heraus, die man anderthalb Stunden vor Jahresluß gern mit auf den Weg nimmt. Zwei verliebte Paare stehen im Mittelpunkt: Willi Raven mit Friedel Schöngalla und Georg Bauer mit Litty Niemi. Sie wußten sich an den reichen Kakaos-Dinkel aus Afrika heranzuschleichen und sie brachten auch den Unverwundlichen — Reinhold Wolf — galant zur Strecke. Am besten gelangt ihm mit seinen Partnerinnen der Schlager "Onkelchen sei doch nicht so böse". Wolf, der mitunter gern übertriebt, tanzte auch mit Maria Hohenfeld recht nett. Wäre noch zu nennen Friz Henjes "Hafelhubn" und das Orchester unter Leitung des Kapellmeisters S. a. h. n. Für die Spielleitung zeichnete Ewald Runge. Er hatte für gutes Zusammenspiel und ansprechende Aufmachung des Ganzen gesorgt. XX.

Quittung.

Für die Kinderpende für Auskunft 5 Mark.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübed.

nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes vom 30./31. Dezember 1921.

Table with columns for food items (e.g., Rindfleisch, Schweinefleisch, Getreide) and their prices in different quantities (e.g., per 100kg, per 50kg, per 25kg). The table is organized into sections for meat, cereals, and other foodstuffs.